

## § 2 Amtshaftung im deutschen Recht und im EU-Recht

### A. Amtshaftung nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG

#### I. Wesen und Funktion der Amtshaftung im deutschen Recht

Nach § 839 Abs. 1 S. 1 BGB hat ein Beamter, der eine ihm gegenüber einem Dritten obliegende Amtspflicht vorsätzlich oder fahrlässig verletzt hat, diesem Dritten den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen. Nach Art. 34 GG wird diese Haftung auf den Staat übergeleitet, sofern die Amtspflicht in Ausübung eines dem Beamten anvertrauten öffentlichen Amtes verletzt wurde. Charakteristisch für den Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG ist dabei das Ineingangegreifen seiner beiden Bestandteile § 839 BGB und Art. 34 GG.<sup>34</sup> Nach § 839 BGB wird die persönliche Haftung des handelnden Beamten begründet, die nach Art. 34 GG auf den anstelle des Beamten haftenden Staat übergeleitet wird.<sup>35</sup> Dennoch bilden erst beide Normen zusammen („iVm“) die einheitliche Anspruchsgrundlage des Amtshaftungsanspruchs im deutschen Recht.<sup>36</sup>

Die Amtshaftung hat die Funktion, diejenigen Schäden zu kompensieren, die durch den gerichtlichen Primärrechtsschutz nicht oder nicht vollständig ausgeglichen werden können.<sup>37</sup> Hierfür besteht Bedarf, da der nach Art. 19 Abs. 4 GG gewährleistete Primärrechtsschutz gegen rechtsfehlerhaftes Tun oder Unterlassen der öffentlichen Gewalt in Form der Anfechtungs-, Verpflichtungs- oder Feststellungsklage etc. allein auf die Abwehr von Rechtsverletzungen gerichtet ist.<sup>38</sup> Der Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG geht darüber hinaus und gewährt dem Betroffenen im Rahmen eines nachrangigen, sekundären Rechtsschutzes einen finanziellen Ausgleich für diejenigen Folgen einer Rechtsverletzung, die trotz der Aufhebung eines belastenden bzw. Gewähr eines begünstigenden Verwaltungsakts sowie trotz Feststellung der Rechtswidrigkeit eines behördlichen Verhaltens durch die Gerichte erst einmal bestehen bleiben.<sup>39</sup>

---

<sup>34</sup> Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 20.

<sup>35</sup> BVerfG vom 19.10.1982, 2 BvF 1/81, NJW 1983, 25, 30.

<sup>36</sup> Ipsen, Allg. Verwaltungsrecht, Rn. 1253; Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 7; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 11.

<sup>37</sup> Papier, in: Maunz/Dürig, Art. 34 GG Rn. 82, 88.

<sup>38</sup> Papier, in: Maunz/Dürig, Art. 34 GG Rn. 88; Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 6, 32.

<sup>39</sup> Vgl. Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 6; Axer, DVBl. 2001, 1322.

## II. Haftungsvoraussetzungen

### 1. Handeln eines Amtsträgers in Ausübung eines öffentlichen Amts

Die Geltendmachung eines Amtshaftungsanspruchs setzt zunächst voraus, dass die schädigende Handlung von einem Amtsträger im Rahmen der Ausübung eines öffentlichen Amts vorgenommen wurde. Nach heutigem Verständnis hängt dies nicht davon ab, dass ein Beamter im statusrechtlichen Sinn gehandelt hat.<sup>40</sup> Der Amtshaftungstatbestand erfasst vielmehr das Handeln eines jeden, dem die Ausübung einer hoheitlichen Aufgabe anvertraut wurde (sog. Beamter im haftungsrechtlichen Sinn).<sup>41</sup> Die Reichweite des Anwendungsbereichs der Amtshaftung hängt somit von der Interpretation des Begriffs des öffentlichen Amts ab.<sup>42</sup> Maßgeblich ist dabei, ob die Tätigkeit des Handelnden funktionell in den Bereich der hoheitlichen Verwaltung fällt.<sup>43</sup> Bei förmlichen Akten der Eingriffsverwaltung ist dies unstreitig der Fall.<sup>44</sup> In weniger eindeutigen Fällen kommt es darauf an, inwieweit das jeweils in Frage stehende Verhalten in einem inneren Zusammenhang mit der Ausübung einer hoheitlichen Tätigkeit steht.<sup>45</sup> Für die Geltendmachung eines Amtshaftungsanspruchs genügt es nicht, dass ein Schaden lediglich bei Gelegenheit der Amtsausübung, d.h. zwar während der Dienstausübung, jedoch losgelöst von der hoheitlichen Tätigkeit, entstanden ist.<sup>46</sup>

### 2. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht

Weitere Voraussetzung des Amtshaftungsanspruchs ist die Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht. Dabei handelt es sich um eine im Innenverhältnis gegenüber dem Dienstherrn bestehende Rechtspflicht, die zumindest auch dem Schutz der Rechte des Geschädigten („Dritten“) dient.<sup>47</sup> Diese Haftungsvoraussetzung hat ihren Ursprung in der spezifischen Konstruktion der Amtshaftung als einer auf den Staat übergeleiteten personalen Haftung des Einzelnen, die nur eintritt, wenn dieser in seiner Amtsausübung wider dem Dienstauftrag (*contra mandatum*) handelt.<sup>48</sup> Dogmatisch korrekt ist daher zunächst festzustellen, ob der Handelnde im Innenverhältnis gegenüber dem Dienstherrn den Amtsauftrag überschritten hat.<sup>49</sup> Und nur

<sup>40</sup> Kapsa, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 6; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 43; Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 13.

<sup>41</sup> Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 101; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 52; Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 13.

<sup>42</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 14.

<sup>43</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 63.

<sup>44</sup> Hierzu zählen auch die vorliegend im Fokus der Untersuchung stehenden Untersuchungsentscheidungen oder Bußgeldbescheide des Bundeskartellamts.

<sup>45</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 72.

<sup>46</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 28; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 72.

<sup>47</sup> Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 125; Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 16, 19; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 73.

<sup>48</sup> Vgl. Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 8, 44 f., 60; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 40 ff.

<sup>49</sup> Ipsen, Allg. Verwaltungsrecht, Rn. 1266; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 7, 58 f., 60.

wenn dies bejaht werden kann, ist unter dem Gesichtspunkt der Drittbezogenheit die Frage zu stellen, ob diese Amtspflicht auch derart nach außen wirkt, dass sich ein außerhalb der Verwaltung stehender Dritter auf die Amtspflichtverletzung berufen kann.<sup>50</sup>

Nachdem der einzelne Beamte nach Art. 20 Abs. 3 GG an Recht und Gesetz gebunden ist (sog. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung), ist im Regelfall bei Vorliegen eines Verstoßes gegen das geltende Recht, welches bei der Wahrnehmung der jeweiligen hoheitlichen Aufgabe zur Anwendung kommt,<sup>51</sup> auch eine Amtspflichtverletzung gegeben.<sup>52</sup> Dies gilt insbesondere bei rechtswidrigen Maßnahmen im Rahmen der Eingriffs- und Leistungsverwaltung.<sup>53</sup> Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Amtspflichten<sup>54</sup> ist daher vielfach entbehrlich.<sup>55</sup>

Das hinzukommende Merkmal der Drittbezogenheit ist erfüllt, wenn sich der Geschädigte darauf berufen kann, dass die verletzte Norm zumindest auch dem Schutz seiner Rechtsgüter und Interessen dienen sollte.<sup>56</sup> Ein rein reflexhafter Schutz der Interessen des Betroffenen genügt nicht.<sup>57</sup> Das Kriterium der Drittbezogenheit hat insoweit eine haftungsbegrenzende Funktion, als damit sichergestellt werden soll, dass nur derjenige Geschädigte seinen Schaden ersetzt bekommt, der im konkreten Fall in einer gegenüber der Allgemeinheit herausgehobenen Sonderbeziehung zur Verwaltungsbehörde steht.<sup>58</sup> Anders ausgedrückt soll nur der Schaden desjenigen ersetzt werden, zu dessen Schutz die Behörde in der konkreten Situation besonders verpflichtet war. Im Einzelnen ist dabei zu prüfen, ob die verletzte Amtspflicht überhaupt drittschützende Wirkung entfaltet (Bestehen der drittschützenden Wirkung), ob der Betroffene dem geschützten Personenkreis angehört (personelle Reichweite des Drittschutzes) und ob das verletzte Recht bzw. Rechtsgut von der verletzten Amtspflicht geschützt wird (sachliche Reichweite des Drittschutzes).<sup>59</sup> Da diese Prüfung von der jeweils betroffenen Amtspflicht bestimmt wird, gibt es darüber hinaus keine feststehenden Kriterien zur Abgren-

---

<sup>50</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 73.

<sup>51</sup> Dazu gehören insbesondere Verfassungsgrundsätze, Gesetze, Rechtsverordnungen, Satzungen, allgemeine Rechtsgrundsätze, Gewohnheitsrecht und eben auch Verwaltungsvorschriften sowie Einzelweisungen als Innenrecht der Verwaltung, vgl. Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 44; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 74.

<sup>52</sup> Dagoglou, in: BK-GG, Art. 34 Rn. 143. Vgl. auch Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 116; Papier, in: MüKomm/BGB, § 839 Rn. 11 f.

<sup>53</sup> Grzeszick, in: Erichsen/Ehlers, Allg. Verwaltungsrecht, § 44 Rn. 19 f.

<sup>54</sup> Vgl. dazu im Einzelnen Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 45 ff.

<sup>55</sup> Vgl. auch LG Köln vom 26.2.2013, 5 O 86/12, WuW/E DE-R 3849, 3852 – GN Store Nord/Bundeskartellamt.

<sup>56</sup> BGH vom 24.6.1982, III ZR 169/80, NJW 1983, 215, 216; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 60; von der Seipen, WiB 1994, 929, 931; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 98.

<sup>57</sup> BGH vom 24.6.1982, III ZR 169/80, NJW 1983, 215, 216. Zur Abgrenzung zwischen zielgerichtetem und reflexhaftem Drittschutz vgl. Rohlfing, WM 2005, 311, 318 f.

<sup>58</sup> BGH vom 24.6.1982, III ZR 169/80, NJW 1983, 215, 216; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 61; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 99; Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 70.

<sup>59</sup> Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 133; Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 19; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 60; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 100.

zung der gebotenen Drittbezogenheit und einem lediglich reflexhaft bewirkten Drittschutz.<sup>60</sup> Als Faustformel gilt allerdings, dass die Drittbezogenheit stets dann bejaht werden kann, wenn der Betroffene durch den Erlass oder das Versagen eines Verwaltungsakts in seinen Rechten verletzt und damit im Sinne des § 42 Abs. 2 VwGO klagebefugt ist.<sup>61</sup>

### 3. Verschulden

Ein Amtshaftungsanspruch kann nur geltend gemacht werden, wenn die Amtspflichtverletzung vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde, § 839 Abs. 1 S. 1 BGB. Dass neben der objektiven Amtspflichtverletzung Vorsatz oder Fahrlässigkeit erforderlich ist, liegt darin begründet, dass es sich bei der in § 839 BGB ursprünglich normierten persönlichen Beamtenhaftung um einen Sonderfall des Deliktsrechts handelt, dem das Leitbild der Verschuldenshaftung zugrunde liegt.<sup>62</sup> Das Verschulden muss sich dabei lediglich auf die Amtspflichtverletzung, nicht jedoch auf den Eintritt eines Schadens beziehen.<sup>63</sup>

Vorsätzliches Handeln liegt vor, wenn der Amtsträger mit Wissen und Willen einen Amtspflichtverstoß begeht. Dabei erfordert Vorsatz neben der Kenntnis der Tatsachen, welche die Amtspflichtwidrigkeit begründen, zusätzlich das Bewusstsein der Amtspflichtwidrigkeit.<sup>64</sup> Jedoch genügt es, wenn der Handelnde die Verletzung einer Amtspflicht für möglich hält und billigend in Kauf nimmt (sog. bedingter Vorsatz).<sup>65</sup> Fahrlässigkeit liegt vor, wenn bei der in Frage stehenden Amtshandlung die im behördlichen Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen wurde.<sup>66</sup> Diese bemisst sich nach den Anforderungen, die an einen pflichtgetreuen Durchschnittsbeamten gestellt werden.<sup>67</sup>

Obwohl der Amtshaftungsanspruch sowohl im Falle einer vorsätzlichen als auch einer fahrlässigen Amtspflichtwidrigkeit gegeben ist, muss im Einzelfall die konkrete Verschuldensform festgestellt werden, da hiervon die Anwendbarkeit des Verweisungsprivilegs (§ 839 Abs. 1

---

<sup>60</sup> Rohlffing, WM 2005, 311, 319.

<sup>61</sup> BGH vom 10.3.1994, III ZR 9/93, NJW 1994, 1647, 1649; Papier, in: Maunz/Dürig, Art. 34 GG Rn. 191; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 61; von der Seipen, WiB 1994, 929, 931; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 105.

<sup>62</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 74 f.

<sup>63</sup> BGH vom 8.2.1965, III ZR 170/63, NJW 1965, 962, 963; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 75; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 144.

<sup>64</sup> BGH vom 19.3.1992, III ZR 117/90, NVwZ 1992, 911; Kapsa, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 177; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 147; Muthers, in: NK-BGB, § 839 Rn. 167; Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 195.

<sup>65</sup> BGH vom 8.2.1965, III ZR 170/63, NJW 1965, 962, 963; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 147; Muthers, in: NK-BGB, § 839 Rn. 167.

<sup>66</sup> BGH vom 8.2.1965, III ZR 170/63, NJW 1965, 962, 963; Papier, in: Maunz/Dürig, Art. 34 GG Rn. 225; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 150.

<sup>67</sup> BGH vom 22.3.1979, III ZR 22/78, NJW 1979, 2097, 2098 f.; BGH vom 14.6.1984, III ZR 68/83, NVwZ 1986, 504, 505; Papier, in: MüKomm/BGB, § 839 Rn. 288; Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 198 f.

S. 2 BGB) sowie des Richterspruchprivilegs (§ 839 Abs. 2 S. 1 BGB) abhängt (dazu unter Ziffer 6).<sup>68</sup>

#### 4. Schaden

Art und Umfang des ersatzfähigen Schadens richten sich beim Amtshaftungsanspruch nach § 839 Abs. 1 BGB iVm Art. 34 GG nach den allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen der §§ 249 ff. BGB.<sup>69</sup> Anders als § 823 Abs. 1 BGB enthält § 839 BGB keine Beschränkung auf den Ersatz von Schäden an bestimmten Rechten oder Rechtsgütern.<sup>70</sup> Daher ist grundsätzlich jeder Nachteil ersatzfähig, den der Betroffene aufgrund amtspflichtwidrigen Verhaltens an seinem Vermögen oder an anderen geschützten Rechtsgütern, wie z.B. Eigentum, Ehre und Gesundheit, erlitten hat.<sup>71</sup>

Zum ersatzfähigen Schaden zählt insbesondere auch der entgangene Gewinn, § 252 S. 1 BGB. Darunter fallen alle Vermögensvorteile, die im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses zwar noch nicht Bestandteil des Vermögens des Geschädigten waren, ihm jedoch ohne dieses Ereignis mit Wahrscheinlichkeit zugekommen wären, vgl. § 252 S. 2 BGB.<sup>72</sup> Ersatzfähig sind des weiteren gerichtliche und außergerichtliche Kosten der Rechtsverfolgung, soweit sie zweckmäßig und geboten waren.<sup>73</sup> Dazu gehören auch die Kosten eines behördlichen Vorverfahrens sowie einer vorhergehenden Anfechtungsklage, soweit sie nicht nach den Grundsätzen des Prozesskostenersatzrechts erstattet wurden.<sup>74</sup> Immaterielle Nachteile, die sich nicht im Vermögen niedergeschlagen haben, wie z.B. ein erlittener Ansehensverlust oder eine Rufschädigung, können unter den Voraussetzungen des § 253 BGB durch Geldersatz ausgeglichen werden.

Grundsätzlich werden nach §§ 249 ff. BGB nur bereits entstandene Schäden ersetzt.<sup>75</sup> Jedoch ist die Erhebung einer Klage auf Feststellung der Ersatzpflicht für einen künftigen Schaden zulässig, sofern der Schaden tatsächlich droht.<sup>76</sup> Bislang ist ungeklärt, ob eine Feststellungsklage bereits dann zulässig ist, wenn lediglich die Möglichkeit eines Schadenseintritts besteht,<sup>77</sup> oder ob insoweit eine gewisse Wahrscheinlichkeit gegeben sein muss.<sup>78</sup>

---

<sup>68</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 146; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 75 f.; Papier, in: MüKomm/BGB, § 839 Rn. 287.

<sup>69</sup> Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 238.

<sup>70</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73.

<sup>71</sup> Vgl. Grüneberg, in: Palandt/BGB, vor § 249 Rn. 9.

<sup>72</sup> BGH vom 11.5.1989, VII ZR 39/88, NJW-RR 1989, 980, 981.

<sup>73</sup> BGH vom 1.6.1959, III ZR 49/58, NJW 1959, 1631; BGH vom 5.10.2006, III ZR 283/05, NJW 2007, 224, 226; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 181.

<sup>74</sup> Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 181; Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 244.

<sup>75</sup> Vgl. Grüneberg, in: Palandt/BGB, vor § 249 Rn. 2.

<sup>76</sup> BGH vom 25.2.2010, VII ZR 187/08, NJW-RR 2010, 750 f.

<sup>77</sup> So BGH vom 9.1.2007, VI ZR 133/06, NJW-RR 2007, 601.

<sup>78</sup> So BGH vom 24.1.2006, XI ZR 384/03, NJW 2006, 830, 832.

Der Umfang des zu ersetzenden Schadens wird auf der Grundlage der Differenzhypothese ermittelt. Nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen wird dabei die tatsächlich eingetretene Vermögenslage der hypothetischen Vermögenslage, die ohne das schädigende Ereignis bestehen würde, gegenübergestellt.<sup>79</sup> Im Amtshaftungsrecht stellt die Rechtsprechung jedoch auf die hypothetische Vermögenslage ab, die bestehen würde, wenn der Amtsträger amtspflichtgemäß gehandelt hätte.<sup>80</sup> Im Übrigen wird im Rahmen der Bemessung der Höhe des ersatzfähigen Schadens auch berücksichtigt, inwieweit dem Anspruchsteller aufgrund der Amtspflichtverletzung gleichzeitig ein Vorteil zugeflossen ist (sog. Vorteilsausgleichung) oder ihn ein Mitverschulden (§ 254 BGB) trifft.<sup>81</sup>

## 5. Kausalität

Ersetzt werden allerdings nur diejenigen Schäden, die mit der schuldhaften Amtspflichtverletzung in einem Kausalzusammenhang stehen. Nachdem die Amtshaftung nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG nicht auf den Ersatz von Schäden an bestimmten Rechten oder Rechtsgütern beschränkt ist, erübrigt sich eine gesonderte Prüfung der haftungsbegründenden Kausalität, wie sie im Rahmen des § 823 Abs. 1 BGB üblich ist.<sup>82</sup> Die Kausalitätsprüfung im Rahmen des § 839 BGB iVm Art. 34 GG beschränkt sich auf die Frage, inwieweit zwischen der schuldhaften Amtspflichtverletzung und dem behaupteten Schaden ein haftungsausfüllender Kausalzusammenhang vorliegt.<sup>83</sup>

Nach der Äquivalenztheorie gilt grundsätzlich jede schuldhafte Amtspflichtverletzung als kausal für den Schaden, die nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass damit zugleich der Schaden entfiele (sog. *conditio-sine-qua-non-Test*).<sup>84</sup> Dabei handelt es sich jedoch nur um eine Mindestvoraussetzung für die Begründung der Haftung.<sup>85</sup> Deshalb ist nach Maßgabe der Adäquanztheorie zu prüfen, ob die in Frage stehende, äquivalent kausale Amtspflichtverletzung nach dem regelmäßigen Verlauf der Dinge, und nicht nur unter außergewöhnlichen oder unwahrscheinlichen Umständen geeignet war, den geltend gemachten Schaden herbeizuführen.<sup>86</sup> Maßgeblich ist insoweit, welchen Verlauf die Ereignisse bei amtspflichtkon-

<sup>79</sup> Oetker, in: MüKomm/BGB, § 249 Rn. 18; Schiemann, in: Staudinger/BGB, § 249 Rn. 5.

<sup>80</sup> BGH vom 16.1.1997, III ZR 117/95, NVwZ 1997, 714, 724; BGH vom 17.1.2002, IX ZR 266/00, NJW 2002, 1344; BGH vom 22.5.2003, IX ZR 159/01, NJW-RR 2003, 1569, 1570; Wöstmann, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 243; Sprau, in: Palandt/BGB, § 839 Rn. 171; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 256.

<sup>81</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 265 ff.; Kapsa, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 188.

<sup>82</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73.

<sup>83</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 167.

<sup>84</sup> Oetker, in: MüKomm/BGB, § 249 Rn. 103; Grüneberg, in: Palandt/BGB, vor § 249 Rn. 25.

<sup>85</sup> Grüneberg, in: Palandt/BGB, § 249 Rn. 25.

<sup>86</sup> BGH vom 21.10.1993, III ZR 68/92, NVwZ 1994, 825, 827; Grüneberg, in: Palandt/BGB, vor § 249 Rn. 26; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S.73; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 169.

formem Verhalten des Amtsträgers genommen hätten und wie sich die Situation des Betroffenen in der Folge darstellen würde.<sup>87</sup>

Und schließlich kann der erforderliche Kausalzusammenhang nur dann bejaht werden, wenn der behauptete Schaden vom Schutzzweck der verletzten Norm umfasst ist.<sup>88</sup> Im Rahmen des Amtshaftungsanspruchs werden somit nur diejenigen Schadenspositionen ersetzt, die im konkreten Fall vom Schutzzweck der verletzten Amtspflicht erfasst werden.<sup>89</sup> Zu prüfen ist dabei, ob die im Einzelfall verletzte Amtspflicht den Betroffenen vor dem Eintritt des geltend gemachten Schadens hätte bewahren sollen.<sup>90</sup> Liegt die jeweilige Schadensposition außerhalb der sachlichen Reichweite der drittschützenden Wirkung der verletzten Amtspflicht, wird diese nicht erstattet.<sup>91</sup> Bei der Prüfung des Schutzzwecks der Amtspflicht werden damit im Wesentlichen dieselben Erwägungen einbezogen wie bei der Drittbezogenheit der Amtspflichtverletzung. Nach im Schrifttum vertretener Auffassung hat in der Rechtsprechung des BGH insoweit eine Akzentverschiebung stattgefunden.<sup>92</sup> Maßgebliches Kriterium für die Beschränkung der Haftung ist inzwischen nicht mehr die Drittbezogenheit der Amtspflicht, sondern der Schutzzweck der Amtspflicht in der Kausalitätsprüfung.<sup>93</sup>

Im Einzelfall kann sich die Frage stellen, inwieweit der Kausalzusammenhang möglicherweise durch das Dazwischentreten eines Dritten oder des Geschädigten selbst unterbrochen wurde. Eine Unterbrechung kommt in Betracht, wenn in völlig ungewöhnlicher oder unsachgemäßer Weise in den Geschehensverlauf eingegriffen und dadurch der Schaden erst herbeigeführt wurde.<sup>94</sup> Der Kausalzusammenhang wird im Allgemeinen nicht unterbrochen, wenn das Verhalten des Betroffenen bzw. des Dritten gerechtfertigt oder durch die vorhergehende Amtshandlung herausgefordert worden war und keine ungewöhnliche Reaktion auf die Amtspflichtverletzung darstellt.<sup>95</sup> In diesen sog. Veranlassungsfällen ist zu fragen, ob die Erstursache (Amtspflichtverletzung) die schädigende Zweitursache (Geschädigten- bzw. Drittverhalten) adäquat kausal ausgelöst hat.<sup>96</sup>

---

<sup>87</sup> BGH vom 11.6.1981, III ZR 34/80, NJW 1982, 36, 37; BGH vom 24.10.1985, IX ZR 91/84, NJW 1986, 576, 570; BGH vom 16.1.1997, III ZR 117/95, NVwZ 1997, 714, 724; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 168.

<sup>88</sup> BGH vom 22.4.1958, VI ZR 65/57, NJW 1958, 1041, 1042; Grüneberg, in: Palandt/BGB, vor § 249 Rn. 29.

<sup>89</sup> Kapsa, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 189.

<sup>90</sup> Schlick, NJW 2008, 127, 130; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 177, 150.

<sup>91</sup> Kapsa, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 189.

<sup>92</sup> Ossenbühl, NJW 2000, 2945, 2949.

<sup>93</sup> Ossenbühl, NJW 2000, 2945, 2949.

<sup>94</sup> BGH vom 13.7.1971, VI ZR 125/70, NJW 1971, 1980, 1981; BGH vom 14.3.1985, IX ZR 26/84, NJW 1986, 1329, 1331; BGH vom 19.1.1989, III ZR 243/87, NJW 1989, 1924, 1926; BGH vom 29.10.1987, IX ZR 181/86, NJW 1988, 1143, 1145; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 157; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73.

<sup>95</sup> BGH vom 19.1.1989, III ZR 243/87, NJW 1989, 1924, 1926; BGH vom 29.10.1987, IX ZR 181/86, NJW 1988, 1143, 1145; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 73.

<sup>96</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 56 f.

## 6. Keine Haftungsbeschränkung

§ 839 BGB enthält drei Haftungsbeschränkungen: das Bestehen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit (§ 839 Abs. 1 S. 2 BGB), das Richterspruchprivileg (§ 839 Abs. 2 BGB) sowie den Haftungsausschluss wegen schuldhaft unterlassenen Rechtsmittelgebrauchs (§ 839 Abs. 3 BGB). Hinzu kommen spezialgesetzlich normierte Ausschlusstatbestände, z.B. in den Fällen der Notarhaftung, der Haftung von Gebührenbeamten oder Angehörigen des Auswärtigen Dienstes etc.<sup>97</sup> In Bezug auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand ist insoweit lediglich § 7 RBHG relevant, der die Amtshaftung gegenüber ausländischen natürlichen und juristischen Personen betrifft.

### a) Anderweitige Ersatzmöglichkeit

Gemäß § 839 Abs. 1 S. 2 BGB kann ein Amtshaftungsanspruch bei fahrlässigem Verhalten des Amtsträgers nur durchgesetzt werden, wenn der Geschädigte nicht auf andere Weise Schadensersatz verlangen kann (sog. Verweisungsprivileg). Der historische Sinn und Zweck dieser verbreitet nicht mehr als zeitgemäß empfundenen Haftungsprivilegierung des Staates war, das vor Inkrafttreten des Art. 34 GG bzw. dessen Vorgängernorm Art. 131 Weimarer Reichsverfassung<sup>98</sup> bestehende Haftungsrisiko des persönlich haftenden Beamten insbesondere in den Fällen zu minimieren, in denen der Schaden nicht ausschließlich durch eine Amtspflichtverletzung verursacht wurde.<sup>99</sup> Der Anwendungsbereich des Verweises auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit wurde daher durch die Rechtsprechung im Wege der teleologischen Reduktion immer weiter eingeschränkt.<sup>100</sup> Bei bestimmten Fallgruppen kommt § 839 Abs. 1 S. 2 BGB gar nicht mehr zur Anwendung, da eine Haftungsbeschränkung in diesen Fällen als unbillig angesehen wird, z.B. bei einem bestehenden Anspruch des Geschädigten gegen einen anderen Hoheitsträger, bei einem vom Amtsträger verursachten Verkehrsunfall im regulären Straßenverkehr, bei der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten durch die Verwaltung, bei vom Geschädigten erworbenen Versicherungsansprüchen und bei einem bestehenden Lohnfortzahlungsanspruch des Geschädigten gegenüber dem Arbeitgeber.<sup>101</sup> Außerhalb dieser Fallgruppen ist zu fragen, ob der anderweitig bestehende Ersatzanspruch dazu bestimmt ist, den entstandenen Schaden endgültig und vollständig zu kompensieren bzw. mit welchem Ziel dieser von der Rechtsordnung gewährt wird.<sup>102</sup>

<sup>97</sup> Vgl. dazu *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 97 ff.

<sup>98</sup> Hierzu vgl. *Grzeszick*, in: *Erichsen/Ehlers*, Allg. Verwaltungsrecht, § 44 Rn. 2 f.

<sup>99</sup> *Maurer*, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 30; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 81; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 177. Kritisch *Scheuner*, DÖV 1955, 545, 549.

<sup>100</sup> *BGH* vom 27.1.1977, III ZR 173/74, NJW 1977, 1238, 1238 f.; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 82; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 178; *Wolff/Bachoff/Stober/Kluth*, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 99.

<sup>101</sup> *Maurer*, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 31; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 83 ff.; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 191 ff.

<sup>102</sup> *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 178, 184.



Dennoch obliegt die Darlegungs- und Beweislast für das Fehlen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit im Falle der fahrlässigen Begehung einer Amtspflichtverletzung dem Geschädigten, da es sich hierbei um ein sog. negatives Tatbestandsmerkmal handelt.<sup>103</sup> Die Verweisklausel greift allerdings nur dann, wenn es sich bei der anderweitigen Ersatzmöglichkeit um einen realisierbaren Anspruch handelt, dessen Durchsetzung dem Geschädigten zugemutet werden kann.<sup>104</sup> Sollte der anderweitige Anspruch aufgrund eines Verschuldens des Geschädigten nicht realisierbar sein, wird er so behandelt, als habe er den Anspruch durchgesetzt.<sup>105</sup>

#### b) Richterspruchprivileg

Das in § 839 Abs. 2 S. 1 BGB normierte sog. Richterspruchprivileg dient der Sicherung der Bestandskraft rechtskräftiger richterlicher Entscheidungen und damit dem Rechtsfrieden.<sup>106</sup> Es soll verhindert werden, dass der einmal entschiedene Rechtsstreit im Rahmen einer Amtshaftungsklage erneut aufgerollt wird.<sup>107</sup> Die haftungsrechtliche Privilegierung richterlicher Entscheidungen greift allerdings nicht, wenn die Entscheidung eine Straftat – Rechtsbeugung (§ 339 StGB) oder Bestechlichkeit (§ 332 StGB) – darstellt.<sup>108</sup> § 839 Abs. 2 S. 2 BGB stellt außerdem klar, dass das Richterspruchprivileg im Falle einer amtspflichtwidrigen Verfahrensverzögerung nicht anwendbar ist.

#### c) Unterlassener Rechtsmittelgebrauch

Nach § 839 Abs. 3 BGB besteht kein Amtshaftungsanspruch, wenn der Geschädigte es vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen hat, den Schaden durch Einlegung eines Rechtsmittels abzuwenden. Der Begriff des Rechtsmittels im Sinne des § 839 Abs. 3 BGB ist weit auszulegen.<sup>109</sup> Erfasst sind nicht nur förmliche Rechtsbehelfe, wie z.B. der Widerspruch gegen eine Behördenentscheidung, die verwaltungsgerichtlichen Klagemöglichkeiten sowie die Rechtsbehelfe des vorläufigen Rechtsschutzes, sondern auch formlose und sonstige förmliche Rechtsbehelfe.<sup>110</sup> Rechtsmittel im Sinne des § 839 Abs. 3 BGB sind jedoch nur diejenigen Rechtsbehelfe, die sich unmittelbar gegen die schädigende Amtshandlung oder Unterlassung

---

<sup>103</sup> *BGH* vom 12.7.1962, III ZR 87/61, NJW 1962, 1862; *BGH* vom 13.12.1990, III ZR 14/90, NJW 1991, 1171; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 81; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 180.

<sup>104</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 87; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 184 ff.

<sup>105</sup> *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 190; *Baldus/Grzeszick/Wienhues*, Staatshaftungsrecht, Rn. 187.

<sup>106</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 102; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 200; *Wolff/Bachoff/Stober/Kluth*, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 122.

<sup>107</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 102.

<sup>108</sup> *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 207; *Baldus/Grzeszick/Wienhues*, Staatshaftungsrecht, Rn. 193.

<sup>109</sup> *BGH* vom 6.12.1984, III ZR 141/83, VersR 1985, 358, 359; *BayObLG* vom 22.6.1988, RReg. 2 Z 55/85, BayObLGZ 1988, 216, 219.

<sup>110</sup> *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 213.

selbst richten und deren Beseitigung oder Berichtigung bezwecken oder ermöglichen.<sup>111</sup> Der Rechtsbehelf muss geeignet sein, den in Frage stehenden Schaden zu verhindern.<sup>112</sup>

Nach historischem Verständnis bezweckte auch diese Haftungsbegrenzung den Schutz des persönlich haftenden Beamten.<sup>113</sup> Nach inzwischen verbreiteter Auffassung dient § 839 Abs. 3 BGB heute der Durchsetzung des Vorrangs des Primärrechtsschutzes.<sup>114</sup> Ein „dulde und liquidiere“ lässt der Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG nicht zu.<sup>115</sup> Insofern kommt § 839 Abs. 3 BGB auch verjährungsrechtliche Bedeutung zu, denn die Inanspruchnahme des Primärrechtsschutzes in Gestalt von Widerspruch und Klage bewirkt nach §§ 204 Abs. 1 Nr. 1, 209 BGB analog eine Hemmung der Verjährung des Amtshaftungsanspruchs zugunsten des Geschädigten.<sup>116</sup>

Die Darlegungs- und Beweislast obliegt dem Anspruchsgegner. Dieser muss vorbringen und gegebenenfalls den Beweis antreten, dass der Geschädigte den Schaden selbst aufgrund der unterlassenen Rechtsmitteleinlegung schuldhaft verursacht hat.<sup>117</sup> Hinsichtlich des Verschuldensmaßstabs ist dabei auf die im Verkehrskreis des Geschädigten übliche Kenntnis und Sorgfalt abzustellen.<sup>118</sup>

§ 839 Abs. 3 BGB ist *lex specialis* gegenüber der in § 254 BGB geregelten Schadensminderungspflicht, sog. Mitverschulden.<sup>119</sup> Anders als bei § 254 BGB ist in § 839 Abs. 3 BGB jedoch keine Abwägung der Verschuldensbeiträge im Sinne einer Quotelung vorgesehen.<sup>120</sup> Hat es der Geschädigte schuldhaft versäumt, rechtzeitig Primärrechtsschutz zu ersuchen, scheidet der Amtshaftungsanspruch vollständig aus.<sup>121</sup> Von diesem Grundsatz wird lediglich in den Fällen eine Ausnahme gemacht, in denen das Rechtsmittel nicht geeignet ist, den gesamten Schaden abzuwenden.<sup>122</sup> Da hier der Verlust des gesamten Amtshaftungsanspruchs nicht ge-

---

<sup>111</sup> BGH vom 6.12.1984, III ZR 141/83, VersR 1985, 358, 359; BGH vom 8.1.2004, III ZR 39/03, NJW-RR 2004, 706, 707.

<sup>112</sup> BGH vom 8.1.2004, III ZR 39/03, NJW-RR 2004, 706, 707; BayObLG vom 22.6.1988, RReg. 2 Z 55/85, BayObLGZ 1988, 216, 219; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 213.

<sup>113</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 93; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 211.

<sup>114</sup> Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 32; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 93 f.; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 211; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 194.

<sup>115</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 94; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 194; von der Seipen, WiB 1994, 929, 934.

<sup>116</sup> BGH vom 11.7.1985, III ZR 62/84, NJW 1985, 2324 f.; Dörr, EuZW 2012, 86, 91; Guckelberger, Verjährung, S. 61 f. Vgl. hierzu auch § 2.A.II.7.

<sup>117</sup> Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 201.

<sup>118</sup> BGH vom 27.9.1990, III ZR 53/89, NVwZ 1991, 915; Baldus/Grzeszick/Wienhues, Staatshaftungsrecht, Rn. 202; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 22.

<sup>119</sup> Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 210; Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht II, § 67 Rn. 112.

<sup>120</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 94; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 210.

<sup>121</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 94.

<sup>122</sup> Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 94; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 227.

rechtfertigt ist, wird der Schadensersatzanspruch insoweit gemindert, als der Anspruchsteller seiner Schadensminderungspflicht nicht nachgekommen ist.<sup>123</sup>

#### d) Haftung gegenüber ausländischen Staatsangehörigen

Nach § 7 Abs. 1 RBHG kann die Bundesregierung per Rechtsverordnung anordnen, dass ausländischen Staatsangehörigen, die in Deutschland keinen Wohnsitz bzw. ständigen Aufenthalt haben, sowie juristischen Personen mit Sitz im Ausland kein Amtshaftungsanspruch zusteht, wenn deutschen Staatsangehörigen bzw. juristischen Personen mit Sitz in Deutschland im Herkunftsland bzw. Sitzstaat des Anspruchstellers kein gleichwertiger Schadensersatzanspruch zuerkannt wird. Dies gilt jedoch nicht für Angehörige von Mitgliedstaaten der EU, § 7 Abs. 2 RBHG. Da bislang von der in § 7 Abs. 1 RBHG normierten Ermächtigung kein Gebrauch gemacht wurde, bestehen derzeit keine Haftungsbeschränkungen gegenüber ausländischen Staatsangehörigen oder juristischen Personen mit Sitz im Ausland.<sup>124</sup>

#### 7. Verjährung

Für den Amtshaftungsanspruch gelten die allgemeinen Verjährungsvorschriften der §§ 195 ff. BGB. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre und beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Betroffene von den anspruchsbegründenden Tatsachen sowie der Person des Anspruchsgegners Kenntnis erlangte hatte oder zumindest ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen, § 195 iVm § 199 Abs. 1 BGB. Im Falle nicht-schuldhafter Unkenntnis verjährt der Anspruch innerhalb von zehn Jahren taggenau nach dem Eintritt des Schadens, § 199 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BGB, oder innerhalb von 30 Jahren taggenau nach Vornahme der schädigenden Handlung, § 199 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BGB – maßgeblich ist die früher endende Frist, § 199 Abs. 3 S. 2 BGB.<sup>125</sup> Schadensersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, verjähren unabhängig vom Eintritt des Schadens und subjektiver Kenntnis innerhalb von 30 Jahren nach Vornahme der schädigenden Handlung, § 199 Abs. 2 BGB.<sup>126</sup>

Der mit der Schuldrechtsmodernisierung im Jahr 2002 vollzogene Übergang der Regelverjährung von einem vormals kenntnisunabhängigen objektiven System hin zu einem kenntnisabhängigen subjektiven System mit objektiven Höchstfristen hatte zur Folge, dass der Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist nunmehr neben der Entstehung des Anspruchs zusätzlich das Vorliegen eines subjektiven Elements – Kenntnis bzw. grob fahrlässige Unkenntnis –

<sup>123</sup> BGH vom 16.1.1986, III ZR 77/84, NJW 1986, 1924, 1924 f.; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 95; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 227.

<sup>124</sup> Maurer, Allg. Verwaltungsrecht, § 26 Rn. 37; Papier, in: Maunz/Dürig, Art. 34 GG Rn. 283; Tremml/Karger/Luber, Amtshaftungsprozess, Rn. 236.

<sup>125</sup> Ellenberger, in: Palandt/BGB, § 199 Rn. 46 f.; Soyez, ZWeR 2011, 407, 408.

<sup>126</sup> Ellenberger, in: Palandt/BGB, § 199 Rn. 45.

voraussetzt.<sup>127</sup> Für den Amtshaftungsanspruch ergaben sich insofern jedoch keine Änderungen, da der vor 2002 für deliktische Ansprüche nach §§ 823 ff. BGB – und damit auch für den Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG – geltende § 852 BGB a.F. bereits kenntnisabhängig ausgestaltet war.<sup>128</sup>

Das für den Beginn der regelmäßigen Verjährung erforderliche subjektive Element beschränkt sich auf die Kenntnis derjenigen Tatsachen, die für die Erhebung einer Schadensersatzklage, zumindest in Form einer substantiierten Feststellungsklage, erforderlich sind.<sup>129</sup> Bei einer Amtshaftungsklage wird dabei auf die Kenntnis der Tatsachen, die die rechtswidrige und schuldhaftige Amtshandlung begründen, sowie die Kenntnis vom Eintritt eines Schadens abgestellt.<sup>130</sup> Auf die Kenntnis des Betroffenen hinsichtlich der rechtlichen Bewertung der in Frage stehenden Amtshandlung kommt es nicht an. Die Verjährung beginnt also unabhängig davon zu laufen, ob der Betroffene aus ihm bekannten Tatsachen zutreffende rechtliche Schlüsse zieht.<sup>131</sup> Folglich kann sich der Betroffene grundsätzlich nicht darauf berufen, dass die Verjährung noch nicht begonnen habe, da er von der Rechtswidrigkeit oder der Schuldhaftigkeit der Amtshandlung keine Kenntnis gehabt habe bzw. hätte haben müssen.<sup>132</sup> Nur in bestimmten Ausnahmefällen, d.h. bei unübersichtlicher oder zweifelhafter Rechtslage, kann die Rechtsunkenntnis den Verjährungsbeginn hinausschieben, da in diesen Fällen eine Klageerhebung als unzumutbar angesehen wird.<sup>133</sup>

Nach §§ 204 Abs. 1 Nr. 1, 209 BGB wird der Ablauf der Verjährung durch die Erhebung einer auf Leistung oder Feststellung des Anspruchs gerichteten Amtshaftungsklage gehemmt. Nach §§ 204 Abs. 1 Nr. 1, 209 BGB analog wird die Verjährung auch durch den Eintritt in das behördliche Widerspruchsverfahren bzw. Erhebung einer verwaltungsgerichtlichen Klage gehemmt, sofern sich das Rechtsmittel gegen die schädigende, amtspflichtwidrige Behördenmaßnahme richtet.<sup>134</sup> Diese seit dem Grundsatzurteil des BGH aus dem Jahr 1985 geltende Rechtsprechungspraxis liegt darin begründet, dass dem Betroffenen kein Nachteil daraus erwachsen darf, dass er nach dem Grundsatz des Vorrangs des Primärrechtsschutzes (§ 839 Abs. 3 BGB) gehalten ist, zunächst die verwaltungsrechtlichen Rechtsschutzmöglichkeiten auszuschöpfen, bevor er einen Amtshaftungsanspruch gerichtlich geltend machen kann.<sup>135</sup>

---

<sup>127</sup> *Looschelders*, in: *Remien*, Verjährungsrecht, 181, 185, 197.

<sup>128</sup> Vgl. *Remien*, in: *Remien*, Verjährungsrecht, 377, 385; *H. Thomas*, in: *Palandt/BGB*, 60. Auflage 2001, § 852 Rn. 1, 4.

<sup>129</sup> *BGH* vom 15.10.1992, IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 653; *OLG Hamm*, 19.11.2010, 11 U 156/10, juris Rn. 14; *Baldus/Grzeszick/Wienhues*, Staatshaftungsrecht, Rn. 212.

<sup>130</sup> *Kapsa*, in: *Geigel*, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 225 f.

<sup>131</sup> *BGH* vom 15.10.1992, IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 653.

<sup>132</sup> *Kapsa*, in: *Geigel*, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 226.

<sup>133</sup> *BGH* vom 15.10.1992, IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 653; *Looschelders*, in: *Remien*, Verjährung, 181, 187.

<sup>134</sup> *BGH* vom 10.7.1985, III ZR 62/84, NJW 1985, 2324 f.; *BGH* vom 6.5.1993, III ZR 2/92, NJW 1993, 2303, 2305; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 247.

<sup>135</sup> *BGH* vom 10.7.1985, III ZR 62/84, NJW 1985, 2324 f.; *Guckelberger*, Verjährung, S. 61 f.; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 247; *Baldus/Grzeszick/Wienhues*, Staatshaftungsrecht, Rn. 214.

Nach § 203 BGB wird das Fortschreiten der Verjährung auch durch Verhandlungen der Parteien gehemmt, sofern diese auf die Beseitigung der Folgen des amtspflichtwidrigen Handelns gerichtet sind.<sup>136</sup>

## 8. Rechtsfolge

Da die Amtshaftung im deutschen Recht als eine auf den Staat übergeleitete persönliche Haftung des Amtsträgers konstruiert ist, kann als Rechtsfolge nur dasjenige an Schadensersatz geleistet werden, was der Amtsträger als Privatperson zu leisten im Stande wäre.<sup>137</sup> Dies schließt insbesondere die Gewährung des begehrten bzw. die Aufhebung des beschwerenden Verwaltungsakts aus, da ein Amtsträger in seiner personalen Sphäre nicht zu hoheitlichem Handeln befugt ist.<sup>138</sup> Rechtsfolge des Amtshaftungsanspruchs ist daher – abweichend von dem nach § 249 Abs. 1 BGB geltenden Grundsatz der Naturalrestitution – grundsätzlich allein Schadensersatz in Geld.<sup>139</sup>

## B. Amtshaftung nach Art. 340 Abs. 2 AEUV

### I. Wesen und Funktion der Amtshaftung im EU-Recht

Nach Art. 340 Abs. 2 AEUV hat die Europäische Union den Schaden, der durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursacht wurde, nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind, zu ersetzen. Der Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV zielt darauf ab, den Schaden zu kompensieren, der aufgrund rechtswidrigen amtlichen Tuns oder Unterlassens verursacht wurde.<sup>140</sup> Damit geht das Klageziel der Amtshaftungsklage über das der Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV bzw. der Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV hinaus. Die Nichtigkeitsklage ist darauf beschränkt, Gesetzgebungsakte und Rechtsakte von Unionsorganen auf deren Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen, Art. 263 iVm Art. 288 AEUV. Ist die in Frage stehende Maßnahme rechtswidrig, wird sie für nichtig erklärt, Art. 264 AEUV. Im Wege der Untätigkeitsklage wird geprüft, inwieweit das vollständige Unterlassen einer Maßnahme durch Unionsorgane im jeweiligen Fall vertragswidrig ist. Ist dies der Fall, sind die betroffenen Organe verpflichtet, die sich aus dem Urteil ergebenden Maßnahmen zu ergreifen, Art. 266 AEUV. Sowohl die Nichtigkeits- als auch die Untätigkeitsklage sind damit zwar un-

<sup>136</sup> *Baldus/Grzeszick/Wienhues*, Staatshaftungsrecht, Rn. 215; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 252.

<sup>137</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 111; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 49; *Wöstmann*, in: Staudinger/BGB, § 839 Rn. 240.

<sup>138</sup> *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 49.

<sup>139</sup> *Ipsen*, Allg. Verwaltungsrecht, Rn. 1291; *Kapsa*, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 187; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 111; *Tremml/Karger/Luber*, Amtshaftungsprozess, Rn. 49.

<sup>140</sup> Vgl. *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 671.

mittelbar gegen das eventuell schädigende Tun oder Unterlassen gerichtet, gewähren selbst jedoch keinen Ersatz daraus entstandener Schäden.<sup>141</sup> Daher werden die Nichtigkeits- und die Untätigkeitsklage auch dem Primärrechtsschutz und die Amtshaftungsklage dem Sekundärrechtsschutz zugeordnet.<sup>142</sup>

Dennoch steht die Amtshaftungsklage nach ständiger Rechtsprechung als eigenständiger Rechtsbehelf mit spezifischer Funktion unabhängig neben der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage.<sup>143</sup> Zwar kann im Rahmen der Amtshaftungsklage das in Frage stehende Tun oder Unterlassen nicht allgemeinverbindlich für nichtig erklärt bzw. erzwungen werden, dennoch kann die für den Amtshaftungstatbestand erforderliche Rechtswidrigkeit selbständig festgestellt werden, ohne dass zuvor eine Nichtigkeits- oder Untätigkeitsklage erhoben werden müsste.<sup>144</sup> Auch wenn die vorausgegangene Feststellung der Rechtswidrigkeit den vom Anspruchsteller zu erbringenden Nachweis der Rechtswidrigkeit der betreffenden Maßnahme erleichtert, so setzt die Amtshaftungsklage dennoch nicht die vorhergehende Ausschöpfung anderer Rechtsbehelfe voraus.<sup>145</sup> Ausnahmsweise kann jedoch eine Amtshaftungsklage wegen Verfahrensmissbrauch als unzulässig abgewiesen werden, wenn diese nach Gegenstand und Wirkung faktisch auf die Aufhebung einer bestandskräftigen Einzelfallentscheidung zielt.<sup>146</sup> Die Rechtsprechung hat dabei solche Zahlungsklagen im Blick, bei denen der geltend gemachte Betrag demjenigen entspricht, den der Kläger zunächst aufgrund einer Einzelfallentscheidung eines Unionsorgans zahlen musste.<sup>147</sup> In der Praxis wird die Amtshaftungsklage vielfach mit einer Nichtigkeits- oder Untätigkeitsklage verbunden.<sup>148</sup>

Wie bereits erwähnt wurde, richtet sich der Schadensersatz nach dem Wortlaut des Art. 340 Abs. 2 AEUV nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind. Der Haftungstatbestand in Art. 340 Abs. 2 AEUV wurde somit nicht abschließend normiert, sondern die Rechtsprechung dazu ermächtigt, die Voraussetzungen der Amtshaftung im Rahmen der richterlichen Rechtsfortbildung zu konkretisieren.<sup>149</sup> Nach verbreiteter Auffassung soll dabei nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der

<sup>141</sup> Deterbeck, AöR 125 (2000), 202, 217.

<sup>142</sup> Deterbeck, AöR 125 (2000), 202, 217; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 668; Gutman, CMLRev 2011, 695, 707.

<sup>143</sup> St. Rspr. seit *EuGH* vom 28.4.1971, Rs. 4/69, Slg. 1971, 325 Rn. 6 – Lütticke; Borchardt, in: Dauses, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 277; Capelli/Nehls, EuR 1997, 132, 136; Gellermann, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 4.

<sup>144</sup> *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 3 – Schöppenstedt; Borchardt, in: Dauses, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 277.

<sup>145</sup> Schütte, in: Wiedemann, Hdb. KartellR, § 49 Rn. 315.

<sup>146</sup> *EuG* vom 23.11.2004, Rs. T-166/98, Slg. 1998, II-3998 Rn. 122 – Cantina sociale di Dolianova; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 672, 670 f.; Gutman, CMLRev 2011, 695, 703 ff., 706.

<sup>147</sup> Vgl. *EuGH* vom 26.2.1986, Rs. 175/84, Slg. 1986, 763 Rn. 33 – Krohn; *EuG* vom 23.11.2004, Rs. T-166/98, Slg. 1998, II-3998 Rn. 122 – Cantina sociale di Dolianova.

<sup>148</sup> Borchardt, in: Dauses, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 278.

<sup>149</sup> von Bogdandy/Jacob, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 31; Borchardt, in: Dauses, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 267; Lageard, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 AEUV Rn. 5; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 682.

Amts- bzw. Staatshaftungsgrundsätze der Mitgliedstaaten abgestellt werden.<sup>150</sup> Der Haftungs- tatbestand des Art. 340 Abs. 2 AEUV soll vielmehr im Wege wertender Rechtsvergleichung ausgefüllt werden.<sup>151</sup> Demnach ist die Rechtsprechung beauftragt, innerhalb des Rahmens, den die gemeinsamen Rechtsgrundsätze und Rechtstraditionen der Mitgliedstaaten vorgeben, ein Amtshaftungsrecht der Union auszugestalten, das sowohl effektiven Rechtsschutz garantiert als auch die Funktionsfähigkeit der Union sowie der Unionsorgane gewährleistet.<sup>152</sup> Nach Maßgabe dessen wurden die gesetzlich normierten Haftungsvoraussetzungen (Amtstätigkeit eines Unionsorgans/-bediensteten, Schaden und Kausalität) durch die Rechtsprechung um zwei weitere Haftungsvoraussetzungen ergänzt. Ein Amtshaftungsanspruch ist nach derzeitigem Stand nur begründet, wenn zudem ein Verstoß gegen eine individualschützende Rechtsnorm vorliegt und dieser Verstoß hinreichend qualifiziert ist.<sup>153</sup>

## II. Haftungsvoraussetzungen

### 1. Amtstätigkeit eines Unionsorgans

Der Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV setzt zunächst voraus, das ein Organ oder Bediensteter der Union tätig geworden ist. Der Organbegriff des Art. 340 Abs. 2 AEUV umfasst nicht nur die in Art. 13 EUV aufgeführten Organe,<sup>154</sup> sondern generell alle Institutionen, die berechtigt sind, im Namen und für Rechnung der Europäischen Union zu handeln.<sup>155</sup>

Das Tatbestandsmerkmal „in Ausübung einer Amtstätigkeit“ erfasst sowohl positives Tun als auch Unterlassen und dient der Abgrenzung von schädigenden Handlungen, die nur bei Gelegenheit der Ausübung einer Amtstätigkeit vorgenommen werden, ohne jedoch mit der Wahrnehmung von unionsrechtlich übertragenen Aufgaben in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang zu stehen.<sup>156</sup> Hinsichtlich der Abgrenzung im Detail bestehen noch Unklarheiten, die Rechtsprechung tendiert nach im Schrifttum vertretener Auffassung jedoch zu einer engen Auslegung des Begriffs der Amtstätigkeit.<sup>157</sup>

---

<sup>150</sup> GA Roemer, Schlussanträge vom 13.7.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975, 990 – Schöppenstedt; *Gilsdorf/Niejahr*, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 14; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 682; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 30.

<sup>151</sup> Fuß, EuR 1968, 353, 356; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 682. Vgl. GA Roemer, Schlussanträge vom 13.7.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975, 990 – Schöppenstedt.

<sup>152</sup> *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 209; *Kotzur*, in: Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Art. 340 Rn. 5; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 682; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 30 f.

<sup>153</sup> St. Rspr. seit *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 11 – Schöppenstedt.

<sup>154</sup> Dazu gehört auch die Kommission in ihrer Funktion als Kartellbehörde der EU.

<sup>155</sup> *EuGH* vom 2.12.1992, Rs. C-370/89, Slg. 1992, I-6211 Rn. 13-16 – SGEEM/Etroy; *Ruffert*, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 340 AEUV Rn. 8.

<sup>156</sup> *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 210; *Böhm*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, Europarecht, § 12 Rn. 15.

<sup>157</sup> Vgl. *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 210; *Böhm*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, Europarecht, § 12 Rn. 16.

## 2. Verstoß gegen eine individualschützende Rechtsnorm

Der Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV erfordert zudem einen Verstoß gegen eine individualschützende Rechtsnorm.<sup>158</sup> In den Urteilen des EuGH und des EuG finden sich hierfür verschiedene, minimal abweichende Bezeichnungen, wie z.B. „Verletzung einer höherrangigen, dem Schutz der einzelnen dienende Rechtsnorm“,<sup>159</sup> „Verletzung einer höherrangigen, die einzelnen schützenden Rechtsnorm“<sup>160</sup> oder „Verstoß gegen eine Rechtsnorm [...], die bezweckt, den Einzelnen zu schützen“.<sup>161</sup> Schließlich hat das EuG 2011 im Urteil der Rechtssache Sison klargestellt, dass es sich bei den in früheren Entscheidungen verwendeten Formulierungen lediglich um Varianten der heute verbreiteten Bezeichnung „Verstoß gegen eine Rechtsnorm, die bezweckt, dem Einzelnen Rechte zu verleihen“<sup>162</sup> handelt.<sup>163</sup> Insbesondere kommt der „Höhere Rangigkeit“ der Norm keine besondere Bedeutung zu.<sup>164</sup> Vorliegend werden daher alle Varianten als „Verstoß gegen eine individualschützende Rechtsnorm“ zusammengefasst.

An das Vorliegen dieser subjektiven Rechtsposition stellt die Rechtsprechung keine hohen Anforderungen. Der Anspruchsteller kann sich auch dann auf die Schutzwirkung einer Rechtsvorschrift berufen, wenn die verletzte Norm vorrangig im Interesse der Allgemeinheit erlassen wurde und die Interessen des Einzelnen im Übrigen nur mittelbar bzw. reflexhaft schützt.<sup>165</sup> Dennoch hat diese Haftungsvoraussetzung haftungsbegrenzende Funktion, denn ersetzt wird nur der Schaden desjenigen, der in der konkreten Situation in einer engeren Beziehung zum Organhandeln stand als die Allgemeinheit.<sup>166</sup>

Individualschützende Rechtsnormen können sowohl dem geschriebenen Recht (primäres und sekundäres Unionsrecht) als auch dem ungeschriebenen Recht (allgemeine Rechtsgrundsätze) entstammen.<sup>167</sup> Allerdings finden sich weder in der Rechtsprechung noch im Schrifttum Hinweise darauf, anhand welcher Kriterien sich im Einzelfall ex ante ermitteln lässt, ob die konkret in Frage stehende Norm bezweckt, dem Einzelnen Rechte zu verleihen. Der nicht ab-

<sup>158</sup> St. Rspr. seit *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 11 – Schöppenstedt.

<sup>159</sup> *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 11 – Schöppenstedt.

<sup>160</sup> *EuGH* vom 11.2.1999, Rs. C-390/95 P, Slg. 1999, I-769 Rn. 58 – Antillean Rice Mills.

<sup>161</sup> *EuG* vom 25.3.2003, Rs. T-4/01, Slg. 2003, II-175 Rn. 60 – Renco.

<sup>162</sup> Diese Formulierung geht zurück auf *EuGH* vom 4.7.2000, Rs. C-352/98 P, Slg. 2000, I-5291 Rn. 42 – Bergaderm.

<sup>163</sup> *EuG* vom 23.11.2011, Rs. T-341/07, Slg. 2011, II-7915 Rn. 33 – Sison. So auch bereits *Breuer*, JA 2004, 813, 815; a.A. *Hilson*, CMLRev 2005, 677, 682.

<sup>164</sup> Vgl. *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 698; *Gutman*, CMLRev 2011, 695, 713.

<sup>165</sup> *EuGH* vom 30.11.1967, Rs. 30/66, Slg. 1967, 386, 402 – Becher; *Gellermann*, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 36; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 699; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 78; *Böhm*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, Europarecht, § 12 Rn. 28; *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 213; *Grzeszick*, in: Erichsen/Ehlers, Allg. Verwaltungsrecht, § 47 Rn. 2.

<sup>166</sup> *Gilsdorf/Niejahr*, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 41; *Fuß*, EuR 1968, 353, 359; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 698 f.

<sup>167</sup> *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 78; *Gellermann*, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 36.



schließende Katalog insoweit in Betracht kommender Rechtsnormen resultiert aus einer weit zurückreichenden Einzelfallkasuistik. Ausdrücklich anerkannt wurde von der Rechtsprechung z.B. die Geltendmachung der Verletzung der Grundfreiheiten,<sup>168</sup> des Diskriminierungsverbots,<sup>169</sup> des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes,<sup>170</sup> des Grundsatzes des Vertrauensschutzes,<sup>171</sup> des nunmehr in Art. 41 GRCh normierten Rechts auf eine ordnungsgemäße Verwaltung, soweit es spezifische Rechte des Betroffenen verkörpert,<sup>172</sup> der unionsrechtlichen Grundrechte<sup>173</sup> und zuletzt auch die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, soweit sie der Sicherung grundrechtlicher Garantien, insbesondere der Wahrung von Verteidigungsrechten, dienen.<sup>174</sup> Nicht in Betracht kommen dagegen reine Form- und Verfahrensbestimmungen,<sup>175</sup> allgemeine Aufsichtspflichten,<sup>176</sup> die Begründungspflicht für Rechtsakte von Rat und Kommission<sup>177</sup> sowie reine Zuständigkeitsvorschriften.<sup>178</sup>

### 3. Hinreichende Qualifikation der Rechtsverletzung

Um einen Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV begründen zu können, muss der soeben erläuterte Rechtsverstoß außerdem hinreichend qualifiziert sein.<sup>179</sup> Eine hinreichende Qualifikation der Rechtsverletzung liegt vor, wenn das betreffende Unionsorgan die Grenzen, die seinem Ermessen gesetzt sind, offenkundig und erheblich überschritten hat.<sup>180</sup> Bei dieser Beurteilung sind nach gegenwärtigem Stand der Umfang des Ermessensspielraums, den die verletzte Vorschrift dem handelnden Organ gewährt, die Komplexität der zu regelnden Sachverhalte, die Schwierigkeiten bei der Anwendung und Auslegung der Vorschriften, das Maß an Klarheit und Genauigkeit der verletzten Vorschrift und die Frage, ob der Rechtsfehler vor-

<sup>168</sup> *EuGH* vom 11.3.1987, Rs. 265/85, Slg. 1987, 1155 Rn. 39 f. – Van den Bergh en Jurgens; *EuGH* vom 14.7.1967, verb. Rs. 5/66 u.a., Slg. 1967, 331, 354 – Kampffmeyer.

<sup>169</sup> *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 12 f. – Schöppenstedt; *EuGH* vom 7.4.1992, Rs. C-358/90, Slg. 1992, I-2457 Rn. 54-56 – Compagnia Italiana Alcool.

<sup>170</sup> *EuGH* vom 14.1.1987, Rs. 281/84, Slg. 1987, 49 Rn. 35-38 – Zuckerfabrik Bedburg.

<sup>171</sup> *EuGH* vom 14.5.1975, Rs. 74/74, Slg. 1975, 533 Rn. 33-44 – CNTA; *EuGH* vom 19.5.1992, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 1992, I-3061 Rn. 15 – Mulder.

<sup>172</sup> *EuG* vom 9.7.1999, Rs. T-231/97, Slg. 1999, II-2403 Rn. 39-45 – New Europe Consulting.

<sup>173</sup> *EuGH* vom 6.12.1984, Rs. 59/83, Slg. 1984, 4057 Rn. 21 f. – Biovilac; *EuGH* vom 14.1.1987, Rs. 281/84, Slg. 1987, 49 Rn. 25-27 – Zuckerfabrik Bedburg; *EuG* vom 22.10.1997, verb. Rs. T-213/95 u.a., Slg. 1997, II-1739 Rn. 53-56 – SCK und FNK.

<sup>174</sup> *EuGH* vom 16.7.2009, Rs. C-440/07 P, Slg. 2009, I-6413 Rn. 162 – Schneider Electric.

<sup>175</sup> *EuGH* vom 6.6.1990, Rs. C-119/88, Slg. 1990, I-2189 Rn. 19 – AERPO.

<sup>176</sup> *EuGH* vom 23.5.1990, Rs. C-72/90, Slg. 1990, I-2181 Rn. 10-13 – Asia Motor France.

<sup>177</sup> *EuGH* vom 15.9.1982, Rs. 106/81, Slg. 1982, 2885 Rn. 13 f. – Kind; *EuGH* vom 6.6.1990, Rs. C-119/88, Slg. 1990, I-2189 Rn. 20 – AERPO.

<sup>178</sup> *EuGH* vom 13.3.1992, Rs. C-282/90, Slg. 1992, I-1937 Rn. 20-24 – Vreugdenhil; *EuGH* vom 6.12.2001, Rs. T-43/98, Slg. 2001, II-3519 Rn. 63 – Emesa Sugar. Etwas anderes gilt nur, wenn mit dem Verstoß gegen eine Zuständigkeitsvorschrift zugleich ein Verstoß gegen eine materiell-rechtliche Vorschrift einhergeht, so *EuGH* vom 19.4.2012, Rs. C-221/10 P, Rn. 81 f. – Artégodan (noch nicht in amtl. Slg.).

<sup>179</sup> Zum Begriff erstmals *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 11 – Schöppenstedt.

<sup>180</sup> *EuGH* vom 4.7.2000, Rs. C-352/98 P, Slg. 2000, I-5291 Rn. 43 – Bergaderm; erstmals erwähnt in *EuGH* vom 25.5.1978, verb. Rs. 83/76 u.a., Slg. 1978, 1209 Rn. 6 – HNL.

sätzlich begangen wurde oder unentschuldig ist, zu berücksichtigen.<sup>181</sup> Ob eine offenkundige und erhebliche Ermessensüberschreitung und damit eine hinreichende Qualifikation der Rechtsverletzung vorliegt, ist anhand einer Gesamtbetrachtung der im jeweiligen Kontext vom zuständigen Gericht als relevant erachteten Kriterien zu ermitteln.<sup>182</sup>

Das haftungsbeschränkende Qualifikationserfordernis wurde ursprünglich im Rahmen von Amtshaftungsentscheidungen zu Rechtsetzungsakten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, insbesondere im Bereich der Agrarpolitik, entwickelt.<sup>183</sup> Begründet wurde das Qualifikationserfordernis seinerzeit damit, dass den handelnden Organen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung der in den Verträgen vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziele ein weiter Ermessens- und Gestaltungsspielraum zusteht, der in erheblichem Maße eingeschränkt würde, wenn jede einfache Rechtsverletzung einen Amtshaftungsanspruch auslösen könnte.<sup>184</sup> Darauf Bezug nehmend wird im Schrifttum vereinzelt noch heute die Auffassung vertreten, das Qualifikationserfordernis sei nur bei Rechtsetzungsakten, nicht jedoch bei administrativen Einzelfallentscheidungen zu prüfen.<sup>185</sup>

Im Bergaderm-Urteil stellte der EuGH jedoch ausdrücklich klar, dass es hinsichtlich des Qualifikationserfordernisses nicht darauf ankommt, ob die Handlung des Organs allgemein- oder einzelfallbezogen, d.h. ein Legislativakt oder Administrativakt, ist.<sup>186</sup> Maßgeblich sollte vielmehr sein, ob und in welchem Umfang in der konkreten Situation ein Ermessensspielraum zugunsten des handelnden Organs besteht.<sup>187</sup> Der EuGH legte im Bergaderm-Urteil dar, dass in Fällen, in denen das betreffende Unionsorgan nur über einen erheblich verringerten oder gar auf Null reduzierten Ermessensspielraum verfügt, die bloße Rechtsverletzung ausreichen kann, um einen hinreichend qualifizierten Verstoß zu begründen.<sup>188</sup> Nachdem der EuGH in

---

<sup>181</sup> *EuG* vom 26.1.2006, Rs. T-364/03, Slg. 2006, II-79 Rn. 87 – Medici Grimm; *EuG* vom 3.3.2010, Rs. T-429/05, Slg. 2010, II-491 Rn. 62 – Artegoda; *EuG* vom 23.11.2011, Rs. T-341/07, Slg. 2011, II-7915 Rn. 40 – Sison.

<sup>182</sup> *EuG* vom 26.1.2006, Rs. T-364/03, Slg. 2006, II-79 Rn. 81 – Medici Grimm; *EuG* vom 3.3.2010, Rs. T-429/05, Slg. 2010, II-491 Rn. 107 ff. – Artegoda; *EuG* vom 23.11.2011, Rs. T-341/07, Slg. 2011, II-7915 Rn. 61 ff. – Sison.

<sup>183</sup> Modest, ZfZ 1975, 357, 358; Böhm, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, Europarecht, § 12 Rn. 31; Deterbeck, AöR 125 (2000), 202, 214; Lageard, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 AEUV Rn. 22. Vgl. hierzu die Entscheidungen *EuGH* vom 28.4.1971, Rs. 4/69, Slg. 1971, 325 – Lütticke; *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 – Schöppenstedt; *EuGH* vom 25.5.1978, verb. Rs. 83/76 u.a., Slg. 1978, 1209 – HNL.

<sup>184</sup> *EuGH* vom 25.5.1978, verb. Rs. 83/76 u.a., Slg. 1978, 1209 Rn. 5 – HNL.

<sup>185</sup> Vgl. z.B. Kotzur, in: Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Art. 340 Rn. 5, 11; Ruffert, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 340 AEUV Rn. 12 ff.

<sup>186</sup> *EuGH* vom 4.7.2000, Rs. C-352/98 P, Slg. 2000, I-5291 Rn. 46 – Bergaderm; Hilson, CMLRev 2005, 677; Bailey, CMLRev 2007, 101, 108; Wakefield, in: Yearbook of European Law 2009, 390, 401 f.; von Bogdandy/Jacob, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 85; Breuer, JA 2004, 813, 814; Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 43; Gutman, CMLRev 2011, 695, 715; Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, S. 686.

<sup>187</sup> *EuGH* vom 12.7.2005, Rs. C-198/03 P, Slg. 2005, I-6357 Rn. 66 – CEVA/Pfizer; *EuG* vom 3.3.2010, Rs. T-429/05, Slg. 2010, II-491 Rn. 53 – Artegoda; *EuG* vom 23.11.2011, Rs. T-341/07, Slg. 2011, II-7915 Rn. 35 – Sison.

<sup>188</sup> *EuGH* vom 4.7.2000, Rs. C-352/98 P, Slg. 2000, I-5291 Rn. 44 – Bergaderm.

zwei nachfolgenden Urteilen erneut betont hatte, dass insoweit der Gestaltungsspielraum des jeweiligen Organs von entscheidender Bedeutung sei,<sup>189</sup> wurde dies im Schrifttum vereinzelt als Beleg für die Begründung abweichender Prüfungsstandards im Falle engen und weiten Ermessens gedeutet.<sup>190</sup> In seiner neueren Rechtsprechung stellte der EuGH jedoch klar, dass das Qualifikationserfordernis auch in Fällen mit verringertem<sup>191</sup> oder erheblich bzw. auf Null reduziertem Ermessensspielraum<sup>192</sup> anhand derselben Kriterien wie in Fällen weiten Ermessens zu prüfen ist.<sup>193</sup>

Im Ergebnis ist damit nach dem gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung in allen Fällen das Qualifikationserfordernis anhand der eingangs dargestellten Kriterien zu prüfen. Eine einfache Rechtsverletzung genügt nicht, um einen Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV zu begründen.<sup>194</sup>

#### 4. Schaden

Ein Schaden im Sinne des Art. 340 Abs. 2 AEUV ist jeder Nachteil, den der Betroffene aufgrund des Verhaltens eines Unionsorgans oder Unionsbediensteten an seinem Vermögen oder sonstigen rechtlich geschützten materiellen Gütern erleidet.<sup>195</sup> Ebenfalls ersatzfähig sind Schäden an rechtlich geschützten immateriellen Gütern, z.B. eine Image-Beeinträchtigung oder Rufschädigung.<sup>196</sup> Zum Schaden zählt auch der entgangene Gewinn, sofern es sich um eine konkrete Gewinnerwartung handelt, auf die der Betroffene tatsächlich vertrauen durfte.<sup>197</sup> Nicht erfasst werden dagegen bloße Gewinnchancen, insbesondere wenn deren Realisierung auf noch nicht absehbaren, spekulativen Faktoren beruht.<sup>198</sup>

<sup>189</sup> *EuGH* vom 10.12.2002, Rs. C-312/00 P, Slg. 2002, I-11355 Rn. 55 – Camar und Tico; *EuGH* vom 10.7.2003, Rs. C-472/00 P, Slg. 2003, I-7541 Rn. 27 – Fresh Marine.

<sup>190</sup> Vgl. *Wakefield*, in: Yearbook of European Law 2009, 390, 391, 401 f., 406; *Held*, Haftung der EG, S. 245; *Hilson*, CMLRev 2005, 677, 686 f., 693.

<sup>191</sup> *EuG* vom 21.4.2005, Rs. T-28/03, Slg. 2005, II-1357 Rn. 100 ff. – Holcim (Deutschland).

<sup>192</sup> *EuG* vom 11.7.2007, Rs. T-351/03, Slg. 2007, II-2237 Rn. 152 ff. – Schneider Electric.

<sup>193</sup> *EuGH* vom 19.4.2007, Rs. C-282/05 P, Slg. 2007, I-2941 Rn. 50 f. – Holcim (Deutschland); *EuGH* vom 16.7.2009, Rs. C-440/07 P, Slg. 2009, I-6413 Rn. 166 ff. – Schneider Electric.

<sup>194</sup> *Bailey*, CMLRev 2007, 101, 133 f., 138 f.; *Lageard*, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 AEUV Rn. 19 ff.; *Pechstein*, EU-Prozessrecht, Kap. 8 Rn. 719; *Van Bael/Bellis*, Competition Law, S. 1194 f.; *Wakefield*, in: Yearbook of European Law 2009, 390, 406 f.

<sup>195</sup> *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 118; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 287; *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 216.

<sup>196</sup> *EuG* vom 9.7.1999, Rs. T-231/97, Slg. 1999, II-2403 Rn. 53 f. – New Europe Consulting; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 287; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 120; *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 216.

<sup>197</sup> *EuGH* vom 14.7.1967, verb. Rs. 5/66 u.a., Slg. 1967, 331, 357 f. – Kampffmeyer; *EuGH* vom 4.10.1979, Rs. 238/78, Slg. 1979, 2955 Rn. 13 – Ireks-Arkady; *EuGH* vom 27.01.2000, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 2000, I-203 Rn. 59 ff. – Mulder; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 119; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 288.

<sup>198</sup> *EuGH* vom 14.7.1967, verb. Rs. 5/66 u.a., Slg. 1967, 331, 358 – Kampffmeyer; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 134; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 288.

Grundsätzlich gilt, dass der Schaden tatsächlich und sicher eingetreten sein muss.<sup>199</sup> Unter der Voraussetzung, dass der Schaden unmittelbar bevorsteht und mit hinreichender Sicherheit vorhersehbar ist, können jedoch auch zukünftige Schäden in Form einer Klage auf Feststellung der Haftung geltend gemacht werden.<sup>200</sup>

Den Umfang bzw. die Höhe des eingetretenen Schadens ermittelt die Rechtsprechung auf der Grundlage der Differenzhypothese durch einen Vergleich der tatsächlich bestehenden Vermögenslage mit der hypothetischen Vermögenslage, die sich bei normalem Lauf der Dinge ergeben hätte.<sup>201</sup> Zumeist wird bei der Ermittlung der hypothetischen Vermögenslage auf den Zustand, der ohne das schädigende Ereignis bestanden hätte, abgestellt.<sup>202</sup> In entsprechenden Fallkonstellationen kommt jedoch auch ein Vergleich mit der hypothetischen Vermögenslage, die bei rechtmäßigem Organverhalten bestanden hätte, in Betracht.<sup>203</sup>

An den Nachweis des Schadens, den der Anspruchsteller zu erbringen hat, werden strenge Anforderungen gestellt.<sup>204</sup> Der Anspruchsteller hat den ihm entstandenen Schaden anhand konkreter Angaben, die über seine individuelle Situation Auskunft geben, darzulegen und zu beweisen; der Verweis auf Statistiken oder Entwicklungen in vergleichbaren Fällen genügt nicht.<sup>205</sup> Diese Beweisanforderungen erschweren insbesondere die Geltendmachung des entgangenen Gewinns, der in komplexen Sachverhaltskonstellationen zumeist nur aufgrund einer Prognose des alternativen Fortgangs der Ereignisse konstruiert werden kann.<sup>206</sup>

Schadensmindernd ist zu berücksichtigen, inwieweit der Anspruchsteller den Schaden abwägen konnte, einer bestehenden Pflicht zur Schadensminderung nicht nachgekommen ist oder

---

<sup>199</sup> *EuGH* vom 27.1.1982, verb. Rs. 256/80 u.a., Slg. 1982, 85 Rn. 9 – Birra Wührer; *EuGH* vom 27.1.1982, Rs. 51/81, Slg. 1982, 117 Rn. 9 – De Franceschi; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 121.

<sup>200</sup> *EuGH* vom 2.6.1976, verb. Rs. 56/74 u.a., Slg. 1976, 711 Rn. 6 – Kampffmeyer; *EuG* vom 8.6.2000, verb. Rs. T-79/96 u.a., Slg. 2000 II-2193 Rn. 192 ff. – Camar und Tico; *Berg*, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 62; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 121.

<sup>201</sup> *EuGH* vom 19.5.1992, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 1992, I-3061 Rn. 26 – Mulder.

<sup>202</sup> *EuGH* vom 9.12.1965, verb. Rs. 29/63 u.a., Slg. 1965, 1198, 1234 – S.A. Laminoids; *EuGH* vom 4.10.1979, Rs. 238/78, Slg. 1979, 2955 Rn. 17 – Ireks-Arkady; *EuGH* vom 4.10.1979, verb. Rs. 64/76 u.a., Slg. 1979, 3091 Rn. 14, 18 – Dumortier Frères; *EuGH* vom 27.01.2000, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 2000, I-203 Rn. 60 – Mulder; *Lageard*, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 AEUV Rn. 29; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 124; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 296.

<sup>203</sup> *EuG* vom 11.7.2007, Rs. T-351/03, Slg. 2007, II-2237 Rn. 264, 322 – Schneider Electric; *EuGH* vom 16.7.2009, C-440/07 P, Slg. 2009, I-6413 Rn. 75 – Schneider Electric; *Detterbeck*, AöR 125 (2000), 202, 217; *Steinle/Schwartz*, BB 2007, 1741, 1742.

<sup>204</sup> von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 123; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 290.

<sup>205</sup> *EuGH* 21.5.1976, Rs. 26/74, Slg. 1976, 677 Rn. 21-24 – Roquette Frères; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 123; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 290; *Gilsdorf/Niejahr*, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 78.

<sup>206</sup> Vgl. von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 123.

möglicherweise den Schaden selbst mitverschuldet hat.<sup>207</sup> Entstand dem Betroffenen aufgrund des schädigenden Ereignisses gleichzeitig ein Vorteil, so ist dieser unter dem Gesichtspunkt der Vorteilsausgleichung in Abzug zu bringen.<sup>208</sup> Die Beweislast für diese Einwendungen liegt beim Anspruchsgegner.<sup>209</sup>

Bei Vermögensschäden legt das Gericht in der Regel die genaue Höhe des zu leistenden Schadensersatzes nicht selbst fest. Stattdessen erlässt das Gericht ein Grundurteil, das die Feststellung der grundsätzlichen Verpflichtung zur Schadensersatzzahlung sowie verbindliche Vorgaben zur Bestimmung der Schadensersatzhöhe enthält, und überträgt es im Übrigen den Parteien, sich innerhalb einer bestimmten Frist auf einen Zahlungsbetrag zu einigen, der dem Gericht anschließend mitzuteilen ist.<sup>210</sup> Gelingt die Einigung nicht, entscheidet das Gericht durch Endurteil über die bezifferten Klageanträge der Parteien.<sup>211</sup>

## 5. Kausalität

Dem Wortlaut nach setzt der Amtshaftungsanspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV lediglich voraus, dass der geltend gemachte Schaden dem rechtswidrigen Organverhalten zuzurechnen ist („durch“). Diese allgemein gehaltene Vorgabe wurde durch die Rechtsprechung unter Rückgriff auf die gemeinsamen Rechtsgrundsätze der Mitgliedstaaten präzisiert.<sup>212</sup> Danach ist erforderlich, dass zwischen dem schädigenden Organverhalten und dem eingetretenen Schaden ein hinreichend unmittelbarer Kausalzusammenhang besteht.<sup>213</sup>

Durch das Unmittelbarkeitskriterium soll sichergestellt werden, dass nicht jede noch so entfernte nachteilige Folge eines rechtswidrigen Organverhaltens einen Amtshaftungsanspruch begründen kann,<sup>214</sup> sondern die Union nur in den Fällen zur Haftung verpflichtet ist, in denen der eingetretene Schaden mit hinreichender Sicherheit auf das rechtswidrige Organhandeln

<sup>207</sup> *EuGH* vom 4.10.1979, Rs. 238/78, Slg. 1979, 2955 Rn. 14-16 – Ireks-Arkady; *EuGH* vom 7.11.1985, Rs. 145/83, Slg. 1985, 3539 Rn. 53-55 – Stanley Adams; *EuGH* vom 19.5.1992, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 1992, I-3061 Rn. 26, 33 – Mulder; *EuGH* vom 10.7.2003, Rs. C-472/00 P, Slg. 2003, I-7541 Rn. 66 – Fresh Marine; *Lageard*, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 AEUV Rn. 29; *Ruffert*, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 340 AEUV Rn. 32.

<sup>208</sup> *EuGH* vom 4.10.1979, verb. Rs. 64/76 u.a., Slg. 1979, 3091 Rn. 15, 18 – Dumortier Frères; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 136; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-Wirtschaftsrecht, P.I. Rn. 299.

<sup>209</sup> *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 136; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 299.

<sup>210</sup> Vgl. z.B. *EuGH* vom 19.5.1992, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 1992, I-3061 Rn. 38, Nr. 4 und 5 des Tenors – Mulder; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 124; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 296.

<sup>211</sup> Vgl. z.B. *EuGH* vom 27.1.2000, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 2000, I-203 Rn. 1-4 – Mulder; *von Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 124; *Borchardt*, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 296; *Lageard*, in: Lenz/Borchardt, EU-Verträge, Art. 340 Rn. 30.

<sup>212</sup> *Fuß*, EuR 1968, 353, 364.

<sup>213</sup> *EuGH* vom 4.10.1979, verb. Rs. 64/76 u.a., Slg. 1979, 3091 Rn. 21 – Dumortier Frères; *EuGH* vom 4.7.2000, Rs. C-352/98 P, Slg. 2000, I-5291 Rn. 42 – Bergaderm; *EuGH* vom 10.12.2002, Rs. C-312/00 P, Slg. 2002, I-11355 Rn. 53 – Camar und Tico.

<sup>214</sup> *EuGH* vom 4.10.1979, verb. Rs. 64/76 u.a., Slg. 1979, 3091 Rn. 21 – Dumortier Frères; *EuG* vom 14.12.2005, Rs. T-320/00, Slg. 2005, II-27 Rn. 170 – CD Cartondruck.

zurückzuführen ist.<sup>215</sup> Damit bewirkt das Unmittelbarkeitskriterium eine Haftungsbeschränkung zugunsten der Union.<sup>216</sup> Zu prüfen ist, ob der eingetretene Schaden im konkreten Fall bei gewöhnlichem Verlauf des Geschehens nach allgemeiner Lebenserfahrung objektiv vorhersehbare Folge des Organverhaltens ist (sog. Adäquanz).<sup>217</sup> Dabei gilt es im Wege werten der Betrachtung zu ermitteln, welches Ereignis die zum Schaden führende Kausalkette ausgelöst hat.<sup>218</sup> Die Kausalität ist jedenfalls dann zu verneinen, wenn derselbe Schaden auch ohne die in Frage stehende Organhandlung eingetreten wäre.<sup>219</sup>

Darüber hinaus kann der Kausalzusammenhang durch das Dazwischentreten eines Dritten, aber auch des Betroffenen selbst unterbrochen werden.<sup>220</sup> Dies betrifft vor allem die Fälle, in denen der Betroffene selbst im Rahmen seiner unternehmerischen Entscheidungsfreiheit bewusst wirtschaftliche Risiken in Kauf nimmt.<sup>221</sup> Der Kausalzusammenhang wird dagegen nicht unterbrochen, wenn sich das Verhalten des Dritten oder des Betroffenen im Rahmen eines gewöhnlichen und vorhersehbaren Geschehensablaufs hält.<sup>222</sup>

Die Beweislast für das Vorliegen eines hinreichend unmittelbaren Kausalzusammenhangs trägt der Anspruchsteller.<sup>223</sup>

## 6. Verjährung

Nach Art. 46 S. 1 EuGH-Satzung verjährt der Amtshaftungsanspruch in fünf Jahren nach Eintritt des schädigenden Ereignisses. Noch nicht endgültig geklärt ist, ob es sich dabei um eine prozessrechtliche oder um eine materiellrechtliche Regelung handelt. Die Rechtsprechung verfolgt diesbezüglich keine einheitliche Linie.<sup>224</sup> Zum Teil erfolgt die Prüfung der Verjäh-

<sup>215</sup> Borchardt, in: Dausies, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 292; Detterbeck, AöR 125 (2000), 202, 216; Gellermann, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 43.

<sup>216</sup> Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 64.

<sup>217</sup> EuG vom 28.4.1998, Rs. T-184/95, Slg. 1998, II-667 Rn. 72 – Dorsch Consult; EuGH vom 4.2.1975, Rs. 169/73, Slg. 1975, 117 Rn. 22/23 – Compagnie Continentale France; Borchardt, in: Dausies, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 292; Detterbeck, AöR 125 (2000), 202, 216.

<sup>218</sup> EuG vom 28.4.1998, Rs. T-184/95, Slg. 1998, II-667 Rn. 72 – Dorsch Consult; EuG vom 14.12.2005, Rs. T-320/00, Slg. 2005, II-27 Rn. 172-182 – CD Cartondruck.

<sup>219</sup> EuGH vom 7.4.1992, Rs. C-358/90, Slg. 1992, I-2457 Rn. 47 – Compagnia Italiana Alcool; Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 65; Borchardt, in: Dausies, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 292; Detterbeck, AöR 125 (2000), 202, 216.

<sup>220</sup> EuGH vom 29.9.1982, Rs. 26/81, Slg. 1982, 3057 Rn. 24 – Oleifici Mediterranei; Borchardt, in: Dausies, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 293.

<sup>221</sup> EuGH vom 17.12.1981, verb. Rs. 197/80 u.a., Slg. 1981, 3211 Rn. 52 – Ludwigshafener Walzmühle; Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 66; Ruffert, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 340 AEUV Rn. 27.

<sup>222</sup> EuG vom 14.12.2005, Rs. T-320/00, Slg. 2005, II-27 Rn. 176 f. – CD Cartondruck; Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 66.

<sup>223</sup> EuGH vom 21.5.1976, Rs. 26/74, Slg. 1976, 677 Rn. 21/24 – Roquette Frères; EuG vom 28.4.1998, Rs. T-184/95, Slg. 1998, II-667 Rn. 74 – Dorsch Consult; Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 66.

<sup>224</sup> Guckelberger, Verjährung, S. 667; Núñez Müller, EuZW 1999, 611 f.; Cremer, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 268 AEUV Rn. 3; Gilsdorf/Niejahr, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 98.

rung des Amtshaftungsanspruchs bereits im Rahmen der Zulässigkeit von Amts wegen,<sup>225</sup> zum Teil erst innerhalb der Begründetheit auf Einrede des Beklagten hin.<sup>226</sup> Die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der Verteilung der Darlegungs- und Beweislast können im Rahmen des vorliegenden Überblicks dahingestellt bleiben. Letztlich trägt der Anspruchsteller ohnehin in beiden Fällen das Risiko, den Amtshaftungsanspruch nicht erfolgreich geltend machen zu können, wenn die Frage der Verjährung Gegenstand des Rechtsstreits ist.

Die Verjährungsfrist des Art. 46 S. 1 EuGH-Satzung beginnt zu laufen, sobald alle Amtshaftungsvoraussetzungen erfüllt sind und sich der zu ersetzende Schaden konkretisiert hat, wobei letzteres dann der Fall ist, wenn die Folgen des schädigenden Ereignisses eingetreten sind.<sup>227</sup> Der Verjährungsbeginn hängt nicht davon ab, dass der Geschädigte vom schädigenden Ereignis, dessen Rechtswidrigkeit oder vom Schaden Kenntnis genommen hat (kenntnisunabhängiger Verjährungsbeginn).<sup>228</sup>

Nach dem Urteil des EuGH in der Rechtssache Stanley Adams spielt subjektive Kenntnis im Rahmen der Verjährung jedoch insoweit eine Rolle, als dem Anspruchsteller ausnahmsweise die Verjährung nicht „entgegengehalten werden kann“, wenn dieser erst zu einem späteren Zeitpunkt Kenntnis von dem schädigenden Ereignis nehmen konnte und deshalb nicht über einen angemessenen Zeitraum verfügte, fristgerecht Klage zu erheben.<sup>229</sup> Im Schrifttum wird die Auffassung vertreten, dass in einem solchen Fall der Lauf der Verjährungsfrist erst im Zeitpunkt der Kenntnisnahme beginnen würde.<sup>230</sup> In späteren Urteilen stellte die Rechtsprechung jedoch klar, dass in einem solchen Fall nicht der Verjährungsbeginn, sondern vielmehr das Ende der in Art. 46 EuGH-Satzung normierten Fünfjahresfrist zeitlich nach hinten verla-

<sup>225</sup> *EuGH* vom 14.7.1967, verb. Rs. 5/66 u.a., Slg. 1967, 331, 351 f. – Kampffmeyer; *EuGH* vom 13.11.1984, verb. Rs. 256/80 u.a., Slg. 1984, 3693 Rn. 15-17 – Birra Wührer; *EuG* vom 18.9.1995, Rs. T-167/94, Slg. 1995, II-2589 Rn. 30 f. – Nölle; *EuG* vom 14.9.2005, Rs. T-140/04, Slg. 2005, II-3287 Rn. 48 – Ehcon; Borchardt, in: Dausen, Hdb. EU-WirtschaftsR, P.I. Rn. 276.

<sup>226</sup> *EuGH* vom 28.4.1971, Rs. 4/69, Slg. 1971, 325 Rn. 8 – Lütticke; *EuGH* vom 30.5.1989, Rs. 20/88, Slg. 1989, 1553 Rn. 11-13 – Roquette Frères; *EuG* vom 16.4.1997, Rs. T-20/94, Slg. 1997, II-595 Rn. 44 ff., 76 ff. – Hartmann; *EuG* vom 22.6.2011, Rs. T-409/09, Slg. 2011, II-3765 Rn. 77 – Evropaiki Dynamiki; Núñez Müller, *EuZW* 1999, 611, 612; Jochum, in: Hailbronner/Wilms, Art. 288 EGV Rn. 31.

<sup>227</sup> *EuGH* vom 27.1.1982, verb. Rs. 256/80 u.a., Slg. 1982, 85 Rn. 10 – Birra Wührer; *EuG* vom 16.4.1997, Rs. T-20/94, Slg. 1997, II-595 Rn. 107 – Hartmann.

<sup>228</sup> *EuGH* vom 18.7.2002, Rs. C-136/01 P, Slg. 2002, I-6565 Rn. 31 – Autosalone Ispra dei Fratelli Rossi; *EuG* vom 16.4.1997, Rs. T-20/94, Slg. 1997, II-595 Rn. 110 ff. – Hartmann; *EuG* vom 9.12.1997, verb. Rs. T-195/94 u.a., Slg. 1997, II-2247 Rn. 120 ff. – Quiller/Heusmann; Guckelberger, Verjährung, S. 671; Núñez Müller, *EuZW* 1999, 611, 612; Gilsdorf/Niejahr, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 97; von Bogdandy/Jacob, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 47.

<sup>229</sup> *EuGH* vom 7.11.1985, Rs. 145/83, Slg. 1985, 3539 Rn. 50 – Stanley Adams; Núñez Müller, *EuZW* 1999, 611, 612; Gilsdorf/Niejahr, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 288 EG Rn. 97.

<sup>230</sup> Berg, in: Schwarze, EU-Kommentar, Art. 340 AEUV Rn. 27; Detterbeck, AöR 125 (2000), 202, 219; Jochum, in: Hailbronner/Wilms, Art. 288 EGV Rn. 31; Núñez Müller, *EuZW* 1999, 611, 612. Vgl. hierzu auch Guckelberger, Verjährung, S. 672 f.

gert wird.<sup>231</sup> Die subjektive Kenntnis des schädigenden Ereignisses betrifft somit allein den Ablauf der Verjährungsfrist.<sup>232</sup> Begründet wird dies damit, dass bei der Festlegung der Verjährungsfrist zu berücksichtigen sei, wie lange der Betroffene dafür benötige, jene Informationen zusammenzutragen und nachzuprüfen, die für ein substantiiertes Klagevorbringen erforderlich seien.<sup>233</sup> Hindert die späte Möglichkeit der Kenntnisnahme des schädigenden Ereignisses die fristgerechte Klageerhebung, so endet die Verjährungsfrist erst nach Ablauf eines für die Klageerhebung angemessenen Zeitraums.<sup>234</sup> Dies gilt allerdings nicht, wenn der Anspruchsteller lediglich von der Rechtswidrigkeit eines ihm bereits bekannten Ereignisses zu einem späteren Zeitpunkt erfährt. Insofern bleibt es dabei, dass die Kenntnis von der Rechtswidrigkeit des in Frage stehenden Ereignisses für die Verjährung irrelevant ist.<sup>235</sup>

Der Ablauf der Verjährungsfrist wird nach Art. 46 S. 2 EuGH-Satzung durch Einreichung der Klageschrift beim Gerichtshof oder durch Geltendmachung des Anspruchs gegenüber dem zuständigen Unionsorgan unterbrochen, wobei dieses zum Tätigwerden aufzufordern ist.<sup>236</sup> Erfolgt innerhalb von zwei Monaten keine, keine rechtzeitige oder eine ablehnende Reaktion, so muss nach Art. 46 S. 3 EuGH-Satzung die Klage innerhalb der in Art. 263, 265 Abs. 2 AEUV vorgesehenen Frist von weiteren zwei Monaten erhoben werden, um die Unterbrechungswirkung der außergerichtlichen Geltendmachung des Schadens zu erhalten.<sup>237</sup> Die in Art. 46 EuGH-Satzung geregelte Unterbrechung bewirkt jedoch keinen Neubeginn der Verjährung, wie sich vor dem Hintergrund des Begriffsverständnisses im deutschen Recht vermuten ließe.<sup>238</sup> Der Ablauf der Verjährungsfrist wird vielmehr gestoppt.<sup>239</sup>

Die Erhebung einer Untätigkeits- oder Nichtigkeitklage beeinflusst dagegen den Ablauf der Verjährungsfrist nicht, da es sich bei der Amtshaftungsklage, wie bereits erwähnt, um einen einen selbständigen, nicht subsidiären Rechtsbehelf handelt, der auf ein spezifisches Klageziel in Form der Wiedergutmachung gerichtet ist und von besonderen Voraussetzungen abhängt.<sup>240</sup>

---

<sup>231</sup> *EuGH* vom 18.7.2002, Rs. C-136/01 P, Slg. 2002, I-6565 Rn. 32 – Autosalone Ispra dei Fratelli Rossi; *EuG* vom 14.9.2005, Rs. T-140/04, Slg. 2005, II-3287 Rn. 61 – Ehcon; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 47.

<sup>232</sup> *EuGH* vom 18.7.2002, Rs. C-136/01 P, Slg. 2002, I-6565 Rn. 32 – Autosalone Ispra dei Fratelli Rossi.

<sup>233</sup> *EuGH* vom 18.7.2002, Rs. C-136/01 P, Slg. 2002, I-6565 Rn. 28 – Autosalone Ispra dei Fratelli Rossi; *EuG* vom 14.9.2005, Rs. T-140/04, Slg. 2005, II-3287 Rn. 57 – Ehcon.

<sup>234</sup> von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 47.

<sup>235</sup> *EuG* vom 16.4.1997, Rs. T-20/94, Slg. 1997, II-595 Rn. 112 – Hartmann.

<sup>236</sup> *Böhm*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, Europarecht, § 12 Rn. 47.

<sup>237</sup> *Guckelberger*, Verjährung, S. 676; *Núñez Müller*, *EuZW* 1999, 611, 614.

<sup>238</sup> *Guckelberger*, Verjährung, S. 674; *Hackspiel*, in: von der Groeben/Schwarze, Art. 46 EuGH-Satzung Rn. 3.

<sup>239</sup> *Guckelberger*, Verjährung, S. 675.

<sup>240</sup> *EuGH* vom 2.12.1971, Rs. 5/71, Slg. 1971, 975 Rn. 3 – Schöppenstedt; von *Bogdandy/Jacob*, in: GHN, Art. 340 AEUV Rn. 47; *Gellermann*, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 4. Vgl. § 2.B.I.



## 7. Rechtsfolge

Sind die oben dargestellten Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs erfüllt, gewährt das Gericht Ersatz des Schadens in Geld.<sup>241</sup> Im Schrifttum wird diskutiert, inwieweit neben dem Geldersatz auch Folgenbeseitigung oder Naturalrestitution in Betracht kommen.<sup>242</sup> Da Folgenbeseitigung und Naturalrestitution in der Praxis der Rechtsprechung jedoch bislang kaum eine Rolle spielen, kann eine Vertiefung dieser Frage vorliegend dahingestellt bleiben.

### C. Vergleich beider Anspruchsgrundlagen

Der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG und der Anspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV unterscheiden sich zunächst im Hinblick auf ihre dogmatische Konstruktion. Wie bereits erläutert wurde, ist in § 839 BGB ein Anspruch gegenüber dem handelnden Beamten normiert, der nach Art. 34 GG auf den anstelle des Beamten haftenden Staat übergeleitet wird.<sup>243</sup> Im Unterschied dazu gewährt Art. 340 Abs. 2 AEUV einen Anspruch unmittelbar gegen die Europäische Union.<sup>244</sup>

Gemeinsamkeiten bestehen jedoch im Hinblick auf ihr jeweilige Funktion. Weder im EU-Recht noch im deutschen Recht ist die Amtshaftungsklage geeignet, die Rechtswirkungen der in Frage stehenden amtlichen Maßnahme zu beseitigen. Sowohl der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG als auch der nach Art. 340 Abs. 2 AEUV sind auf die Kompensation derjenigen Nachteile gerichtet, die sich nicht bzw. nicht vollständig abwenden lassen, auch wenn gegen die schädigende Maßnahme selbst bereits im Wege der Klage vorgegangen wurde (z.B. mittels Anfechtungsklage nach § 42 Abs. 1 VwGO bzw. Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV).<sup>245</sup> Daher lassen sich auch beide Ansprüche dem sog. sekundären Rechtsschutz zuordnen.

Im Hinblick auf ihre jeweiligen Haftungsvoraussetzungen weisen der Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG und der nach Art. 340 Abs. 2 AEUV ebenfalls eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. In beiden Fällen muss es sich bei dem schädigenden Ereignis um ein Verhalten in Ausübung einer Amtstätigkeit handeln. Eine schädigende Handlung eines Amtsträgers, die nicht im inneren Zusammenhang mit der Ausübung einer Amtstätigkeit steht, sondern nur bei deren Gelegenheit vorgenommen wurde, kann keinen Amtshaftungsanspruch

---

<sup>241</sup> Vgl. z.B. *EuGH* vom 4.10.1979, verb. Rs. 64/76 u.a., Slg. 1979, 3091 Rn. 23 – Dumortier Frères; *EuGH* vom 19.5.1992, verb. Rs. C-104/89 u.a., Slg. 1992, I-3061 Rn. 38 und Nr. 1 des Tenors – Mulder; *EuG* vom 24.10.2000, Rs. T-178/98, Slg. 2000, II-3331 Rn. 137 – Fresh Marine.

<sup>242</sup> Vgl. dazu *Gellermann*, in: Rengeling/Middeke/Gellermann, § 9 Rn. 44; *Sack*, *EuR* 1986, 241; *Detterbeck*, *AöR* 125 (2000), 202, 217.

<sup>243</sup> Vgl. § 2.A.I.

<sup>244</sup> Vgl. § 2.B.I. Auf den Inhalt des Schadensersatzanspruchs hat dies jedoch keine Auswirkung.

<sup>245</sup> Vgl. § 2.A.I. und § 2.B.I.

begründen.<sup>246</sup> Unerheblich ist für beide Anspruchsgrundlagen, ob der Handelnde den formellen Status eines Beamten bekleidet. Erforderlich, aber auch ausreichend ist, dass der Handelnde mit der jeweiligen hoheitlichen Aufgabe betraut wurde.<sup>247</sup>

Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass sowohl im deutschen Recht als auch im EU-Recht nur die Verletzung einer Norm, welche dem Schutz der Rechte und Interessen des Betroffenen dient, den jeweiligen Amtshaftungsanspruch begründen kann. Zwar wird im EU-Recht anders als im deutschen Recht nicht zwischen der Verletzung einer Rechtspflicht gegenüber dem Dienstherrn im Innenverhältnis und deren Wirkung gegenüber dem Betroffenen im Außenverhältnis differenziert, letztlich kann jedoch in beiden Rechtsordnungen nur von demjenigen eine Rechtsverletzung im Wege der Amtshaftung geltend gemacht werden, der im konkreten Fall in einer engeren Beziehung zur Verwaltung steht, als die Allgemeinheit, und sich darauf berufen kann, dass die Behörde dem Schutz seiner Rechte und Interessen in der fraglichen Situation besonders verpflichtet war.<sup>248</sup> Insoweit dient diese Anspruchsvoraussetzung in beiden Rechtsordnungen der Haftungsbegrenzung.<sup>249</sup> Eine Abweichung besteht allerdings darin, dass sich ein Anspruchsteller im EU-Recht auch dann auf die Verletzung einer Rechtsnorm berufen kann, wenn diese die Rechte und Interessen des Betroffenen nur reflexhaft schützt.<sup>250</sup> Im deutschen Recht genügt dies nicht. Hier kann nur derjenige einen Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG erfolgreich geltend machen, der sowohl in personeller als auch in sachlicher Hinsicht zumindest auch vom Schutzzweck der verletzten Norm erfasst ist.<sup>251</sup>

Über die objektive Rechtsverletzung hinaus erfordert der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG Verschulden, der Anspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV eine hinreichende Qualifikation der Rechtsverletzung. Die Verschuldensprüfung zielt auf die Beantwortung der Frage, ob die maßgebliche Rechtsverletzung vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde.<sup>252</sup> Die Qualifikationsprüfung hingegen zielt auf die Beantwortung der Frage, ob das betreffende Organ die Grenzen, die seinem Ermessen gesetzt sind, offenkundig und erheblich überschritten hat.<sup>253</sup> Im Schrifttum wird verbreitet die Auffassung vertreten, dass das Qualifikationserfordernis des EU-Amtshaftungsrechts im Wesentlichen dem Verschuldenserfordernis des deut-

---

<sup>246</sup> Siehe dazu auch *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 693. Vgl. § 2.A.II.1 und § 2.B.II.1.

<sup>247</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 684 f. Vgl. § 2.A.II.1 und § 2.B.II.1.

<sup>248</sup> Vgl. *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 698 f. Vgl. § 2.A.II.2 und § 2.B.II.2.

<sup>249</sup> *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 698 f.

<sup>250</sup> *Grzeszick*, in: Erichsen/Ehlers, Allg. Verwaltungsrecht, § 47 Rn. 2; *Ossenbühl/Cornils*, Staatshaftungsrecht, S. 699. Vgl. § 2.B.II.2.

<sup>251</sup> Vgl. § 2.A.II.2.

<sup>252</sup> Vgl. § 2.A.II.3.

<sup>253</sup> Vgl. § 2.B.II.3.

schen Amtshaftungsrechts entspricht.<sup>254</sup> An dieser Stelle soll insoweit nur festgehalten werden, dass eine einfache Rechtsverletzung weder im Rahmen des § 839 BGB iVm Art. 34 GG noch im Rahmen des Art. 340 Abs. 2 AEUV ausreicht, um einen Anspruch zu begründen.

Im Hinblick auf den ersatzfähigen Schaden zeigt die Gegenüberstellung des § 839 BGB iVm Art. 34 GG und des Art. 340 Abs. 2 AEUV, dass nach beiden Anspruchsgrundlagen grundsätzlich Vermögenseinbußen, einschließlich des entgangenen Gewinns, sowie Beeinträchtigungen sonstiger geschützter materieller und immaterieller Rechtsgüter geltend gemacht werden können. Sowohl im deutschen Recht als auch im EU-Recht wird der eingetretene Schaden anhand der Differenzhypothese ermittelt. Soweit der Geschädigte den Schadenseintritt mitverschuldet hat oder ihm zugleich Vorteile zugeflossen sind, wird dies sowohl im Rahmen des Art. 340 Abs. 2 AEUV als auch des § 839 BGB iVm Art. 34 GG schadensmindernd berücksichtigt. Zudem ist in beiden Rechtsordnungen die Erhebung einer Feststellungsklage hinsichtlich der Ersatzpflicht für künftige Schäden möglich.<sup>255</sup>

Auch im Rahmen der Kausalitätsprüfung wird im deutschen Recht und im EU-Recht weitgehend auf dieselben Überlegungen zurückgegriffen. In beiden Rechtsordnungen wird das Vorliegen eines Kausalzusammenhangs zwischen schädigendem Ereignis und geltend gemachtem Schaden nur dann bejaht, wenn der Schaden im konkreten Fall bei regelmäßigem Geschehensverlauf eine objektiv vorhersehbare Folge der schädigenden Amtshandlung ist.<sup>256</sup> In den Amtshaftungsentscheidungen der EU-Rechtsprechung wird der *conditio-sine-qua-non-Test*<sup>257</sup> als Grundlage der Kausalitätsprüfung zumeist nicht ausdrücklich thematisiert.<sup>258</sup> Nach *Kozioł* ist dies darauf zurückzuführen, dass Aspekte der Äquivalenz im Regelfall zwischen den Prozessparteien nicht streitig sind, so dass sich die Gerichte hierzu auch nicht äußern müssen.<sup>259</sup> Gleichwohl lässt sich nach *Kozioł* daraus nicht ableiten, dass das Konzept der äquivalenten Kausalität im EU-Recht keine Rolle spielt. Vielmehr ist die äquivalente Kausalität auch hier Mindestvoraussetzung der Haftung.<sup>260</sup>

Der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG und der Anspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV unterscheiden sich allerdings darin, dass das EU-Recht keine ausdrücklichen Haftungsbeschränkungen vorsieht. Auch spezialgesetzlich normierte Ausschlussstatbestände, wie sie im deutschen Recht enthalten sind, sieht das EU-Recht nicht vor.

<sup>254</sup> Vgl. *Classen*, in: Oppermann/Classen/Nettesheim, Europarecht, § 14 Rn. 7; *Czaja*, Außervertragliche Haftung, S. 40; *Held*, Haftung der EG, S. 253; *Hilson*, CMLRev 2005, 677, 684 f., darin insb. Fn. 51; *Pechstein*, EU-Prozessrecht, Kap. 8 Rn. 729; *Winkler-Trölitzsch*, EuZW 1992, 663, 664; *Wurmnest*, Europäisches Haftungsrecht, S. 136 f., 343. Im Ergebnis wohl auch *Kapsa*, in: Geigel, Haftpflichtprozess, Kap. 20 Rn. 304, 306.

<sup>255</sup> Vgl. § 2.A.II.4 und § 2.B.II.4.

<sup>256</sup> Vgl. § 2.A.II.5 und § 2.B.II.5.

<sup>257</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen in § 2.A.II.5.

<sup>258</sup> *Kozioł*, in: Tichý, Causation in Law, 53, 66; *Grzeszick*, in: FS Schenke, 739, 750.

<sup>259</sup> *Kozioł*, in: Tichý, Causation in Law, 53, 66.

<sup>260</sup> *Kozioł*, in: Tichý, Causation in Law, 53, 66 f.

Ein weiterer Unterschied liegt im Verjährungsregime, insbesondere im Hinblick auf Dauer und Beginn der Verjährung. Der Amtshaftungsanspruch des EU-Rechts verjährt grundsätzlich kenntnisunabhängig innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt des schädigenden Ereignisses. Nach Ablauf der Fünfjahresfrist kann ausnahmsweise nur dann geklagt werden, wenn dem Anspruchsteller nach Kenntniserlangung nicht genügend Zeit blieb, fristgerecht Klage zu erheben.<sup>261</sup> Dagegen verjährt der deutsche Amtshaftungsanspruch regelmäßig bereits innerhalb von drei Jahren nach Kenntnis bzw. grob fahrlässiger Unkenntnis der anspruchsbegründenden Tatsachen.<sup>262</sup> Im deutschen Recht ist die subjektive Kenntnis damit maßgeblich für den Regelfall, im EU-Recht hingegen für den Ausnahmefall. Beiden Rechtsordnungen ist jedoch gemein, dass die Kenntnis der Rechtswidrigkeit der schädigenden Handlung die Verjährung im Regelfall nicht beeinflusst.<sup>263</sup> Anders als im deutschen Recht hat im EU-Recht der Rechtsschutz gegen die schädigende Handlung selbst keine verjährungshemmende Wirkung. Im deutschen Recht ist dies jedoch zwingende Folge der Regelung in § 839 Abs. 3 BGB und des Vorrangs des Primärrechtsschutzes.<sup>264</sup>

Und schließlich besteht noch ein weiterer Unterschied auf Rechtsfolgenreihe. Sind die Voraussetzungen des jeweiligen Amtshaftungsanspruchs gegeben, wird sowohl im deutschen Recht als auch im EU-Recht im Regelfall Schadensersatz in Geld gewährt. Anders als im EU-Recht kommt allerdings im deutschen Recht aufgrund der Konstruktion des Amtshaftungsanspruchs als einer auf den Staat übergeleiteten persönlichen Beamtenhaftung auch nichts anderes in Betracht.<sup>265</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG und der Anspruch nach Art. 340 Abs. 2 AEUV gewisse Unterschiede aufweisen. Zu nennen sind insoweit die Konstruktion des jeweiligen Amtshaftungsanspruchs (auf den Staat übergeleitete Beamtenhaftung im deutschen Recht, unmittelbare Haftung der Europäischen Union im EU-Recht), die Begründung eines Amtshaftungsanspruchs bei Verletzung einer Norm, die den Anspruchsteller nur mittelbar bzw. reflexhaft schützt (im Rahmen des Art. 340 Abs. 2 AEUV wird dies als ausreichend erachtet), die Haftungsbeschränkungen des deutschen Rechts, denen im EU-Recht keine korrespondierenden Regelungen gegenüberstehen, unterschiedliche Verjährungsregime und dogmatisch begründete Abweichungen auf der Rechtsfolgenreihe (im deutschen Recht nur Schadensersatz in Geld, im EU-Recht zusätzlich Folgenbeseitigung und Naturalrestitution). Hinzu kommt, dass der Anspruch nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG Verschulden voraussetzt, wohingegen Art. 340 Abs. 2 AEUV eine hinreichende Qualifikation der Rechtsverletzung erfordert. Gleichwohl sind die zentralen Haftungsvoraussetzungen beider

---

<sup>261</sup> Vgl. § 2.B.II.6.

<sup>262</sup> Vgl. § 2.A.II.7.

<sup>263</sup> Vgl. § 2.A.II.7 und § 2.B.II.6.

<sup>264</sup> Vgl. § 2.A.II.7.

<sup>265</sup> Vgl. § 2.A.II.8 und § 2.B.II.7.

Anspruchsgrundlagen – Rechtsverstoß in Ausübung einer Amtstätigkeit, Verletzung einer individualschützenden Norm, Schaden und Kausalität – im Wesentlichen identisch. Ungeachtet der Frage, inwieweit die Qualifikationsprüfung der Verschuldensprüfung entspricht, zeigt sich jedoch, dass eine einfache Rechtsverletzung weder im deutschen Recht noch im EU-Recht genügt, um einen Amtshaftungsanspruch zu begründen. Insofern handelt es sich beim Verschuldenserfordernis und beim Qualifikationserfordernis zumindest um Haftungsvoraussetzungen, die in formeller Hinsicht korrespondieren. Vor dem Hintergrund dieser Übereinstimmungen in zentralen Punkten fallen die oben genannten Unterschiede in der Gesamtbeurteilung qualitativ nicht ins Gewicht. Insofern kann im Ergebnis festgehalten werden, dass zwischen den beiden Anspruchsgrundlagen keine wesentlichen Unterschiede bestehen.

Amtshaftung im Kartellrecht  
Zum Verschulden bei Fehlentscheidungen des  
Bundeskartellamts  
Hummel, K.  
2016, XIX, 330 S., Softcover  
ISBN: 978-3-658-13085-5